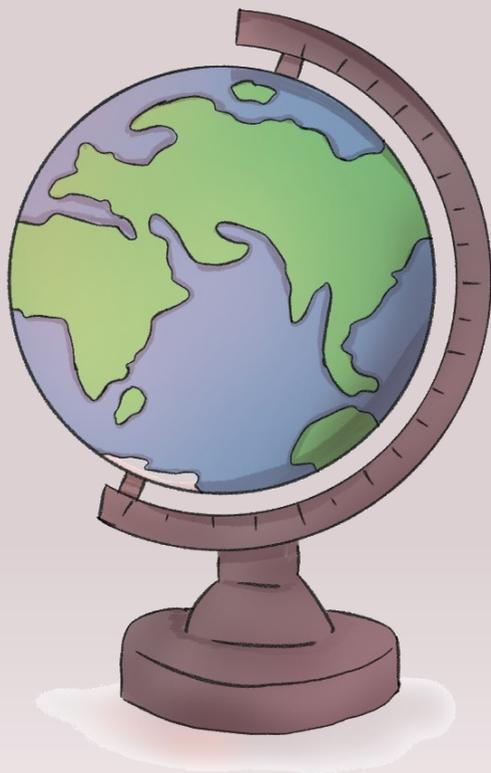
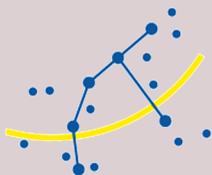


STERNENGLÜCKER

Politik nah und fern



Digitale Sonderausgabe zur
Bundestagswahl

Editorial

Hallo und herzlich Willkommen zu dieser Sonderausgabe des Sternenguckers zur 21. Bundestagswahl.

Zu diesem Anlass haben wir (Matthis und Richard) die Direktkandidaten der großen Parteien in Treptow-Köpenick interviewt, um euch einen groben Überblick über diese zu geben. Mit dabei sind die Kandidaten der Linken, Grünen, CDU und AfD sowie eine Abgeordnete der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus.

In dieses Projekt sind im Laufe der letzten Monate viele dutzende, wenn nicht hunderte Stunden, von uns und den Politikern geflossen – schon allein deswegen würden wir uns freuen, wenn ihr zumindest einige der Stellen interessant genug findet, um sie zu lesen. Primär geht es aber darum, euch – der jungen aufkommenden Generation – bzw. euren Eltern, einen besseren Einblick in die Parteienlandschaft, spezifisch in unserem Kiez zu geben, damit ihr am 23.02 eine informierte Wahl treffen könnt.

Denn darum geht es! Es ist im Endeffekt egal was eure politische Meinung ist, ob wir mit dieser übereinstimmen würden oder wen ihr wählt. Das Wichtigste ist nur, das ihr überhaupt wählen geht. Denn nur so kann eine gesunde Demokratie funktionieren. Deswegen ist es uns wichtig, dass ihr bzw. eure Verwandten politisch aktiv werden und für ihre Werte wählen gehen. Diese Sonderausgabe soll hierzu nur eine Art Übersicht über die Personen und Ansichten geben, die man hier im Bezirk wählen kann.

Wichtig dabei ist auch noch zu erwähnen: Wir lassen die Aussagen der Kandidaten in den Interviews größtenteils unverändert, aber auch größtenteils unkommentiert. Wir wollen hier unsere persönliche Meinung nicht zu sehr mit einfließen lassen, weswegen wir es jedem offenlassen, sich selbst ein neutrales Bild über die Aussagen der Politiker zu machen.

Mit dem aus dem Weg: Viel Spaß beim Lesen und geht wählen!

Matthis und Richard (Q2)

Inhalt

Vorstellung der interviewten Politikerinnen und Politikern	3
Grundsätzliche Fragen zur Partei und Person	4
Wohn- und Bildungspolitik	11
Zukunftspolitik	16
Sozialpolitik	27
Wirtschaftspolitik	33
Gesellschaftliches	39

Vorstellung der interviewten Politikerinnen und Politiker

Gregor Gysi (Die Linke)

- Seit 1990 mit kurzer Unterbrechung im Bundestag
- Ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Linken und ehemaliger Bürgermeister von Berlin



Dunja Wolff (SPD)

- Seit 2009 in der SPD
- Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus
- Tätig in mehreren Ausschüssen

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen)

- Studierte nachhaltige Stadtentwicklung und arbeitet bei einer NGO zur Wärmewende
- Möchte mit und für Menschen Politik machen
- Vorstand der Grünen Bezirksgruppe Treptow-Köpenick



Dustin Hoffmann (CDU)

- Seit 6 Generationen Treptower
- Pressereferent des Bundestages
- Setzte sich schon während seiner Schulzeit auf dem Archenhold-Gymnasium politisch ein

Michael Gleichmann (AfD)

- Seit 2015 bei der AfD
- Studierter Politikwissenschaftler
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten



Grundsätzliche Fragen zur Partei und Person

Wodurch zeichnet sich Ihre Partei aus und wieso sollten junge Wähler*innen sich für Ihre Partei entscheiden? Was möchte Ihre Partei in naher Zukunft an Verbesserungen für das Volk durchsetzen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Meine Partei ist derzeit die einzige linke Partei im Bundestag. Während sich alle anderen Parteien mehr oder weniger dem Rechtsruck beugen oder diesen sogar befördern, will Die Linke Frieden und soziale Gerechtigkeit deutlich mehr ins Blickfeld der Politik rücken. Mit einem generellen Mieterhöhungsstopp für mindestens sechs Jahre sollen, die für viele kaum noch bezahlbaren Mieten gedeckelt werden. Für Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte und öffentliche Verkehrsmittel soll die Mehrwertsteuer auf null gesenkt werden, so dass der Inflation Einhalt geboten wird. Bei Strom und Heizen soll der Durchschnittsverbrauch zu einem preisgünstigen Sockeltarif angeboten werden.

Dunja Wolff (SPD):

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Partei, die sich seit 162 Jahren für gerechte Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne einsetzt. Der Mindestlohn wird durch uns immer wieder eingefordert. Die Steuerlast muss und kann anders verteilt werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich weitet sich zu sehr aus. Das muss u.a. durch eine Vermögenssteuer geändert werden.

Ich sage: Es braucht Stabilität in bezahlbare Lebenshaltungskosten. z.B. Mieten müssen bezahlbar sein. Hier gibt es viel zu tun.

Die SPD setzt sich vehement für die Gleichstellung von Frauen ein und für Akzeptanz und die Interessen der Queer Community.

Zur Derzeitige Krisensituation: In der jetzigen, gefährlichen Situation durch den Angriffskrieg Russlands, ist es wichtig, dass eine Friedenspolitik im Vordergrund steht. Das Olaf Scholz die Waffenlieferungen aus Deutschland in die Ukraine mit aller größter Vorsicht und Besonnenheit behandelt, halte ich für ganz wichtig und richtig.

Zudem: Verteidigungsminister Pistorius setzt auf den Freiwilligen Dienst.

Das halte ich für richtig. Ich sage klar: Niemand darf zum Einsatz an der Waffe gezwungen werden.

Junge Wähler sind in der Auseinandersetzung in der SPD gut aufgehoben. Warum? Sie ist die Partei, in der konstruktiver Streit zu gemeinsamen Ergebnissen führt.

Ich sage: Wir müssen noch mehr Anstrengungen in folgenden Bereichen anstreben: Erhalt und Ausbau von Jugendfreizeitzentren, Sicherung von Ausbildungsplätzen, kostenlose Bildung. Günstige Wohnungen.

Klimaschutz: Ist wichtig und notwendig. Der Ausbau von erneuerbaren Energien werden wir und müssen weiter vorantreiben. Atomkraft wird es in dieser Form mit uns nicht geben.

Ich sage: Der Aufruf von mehr Konsum muss sich ändern. (z.B. Kleidung, Elektrogeräte) Die Wegwerfgesellschaft muss zurück zum Erhalt und die Hersteller:innen zurück zur Qualität.

Anka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Bündnis 90/Die Grünen streitet wie keine andere Partei in Deutschland seit ihrer Gründung für Klimagerechtigkeit, Gleichberechtigung und Basisdemokratie. Gemeinsam kämpfen wir für eine lebenswerte Zukunft. Wir haben viele Vorschläge und starke Werte. Doch es ist uns immer wichtig, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und eine gute Lösung für uns alle zu finden.

Junge Menschen sind politisch. Und wir jungen Menschen werden die Folgen der Entscheidungen, die heute getroffen werden, am stärksten erleben. Deshalb setzen sich die Grünen dafür ein, dass das Wahlalter herabgesetzt wird - weil wir der festen Überzeugung sind, dass alle Menschen das Recht haben mitzubestimmen.

Wir Bündnisgrüne wollen Leben endlich wieder bezahlbar machen. Das heißt zum Beispiel, dass die Mieten sinken und die Löhne steigen müssen. Wir wollen unser Steuergeld in die Hand nehmen, um es in unsere Daseinsfürsorge wie den Nahverkehr, Kitas und Schulen oder Krankenhäuser zu investieren. Deutschland kann zukunftssicher werden, wenn wir den Mut haben, zusammen aus den Fossilen Technologien auszusteigen.

Michael Gleichman (AfD):

Ich denke, das ist die Klarheit unserer Botschaften und unserer Sprache. Wir sprechen Dinge an, die andere nicht ansprechen, weil sie vermeintlich heikel

sind. Wir sind nicht politisch korrekt in dem Sinne. Die Politikverdrossenheit rührt daher, dass die Menschen sich nicht mehr wohlfühlen, weil die Realität ihres Lebens nicht mehr von den politischen Eliten abgebildet wird. Außerdem natürlich auch unsere Programmatik. Ich kann sagen, die Realität bestätigt alle unsere Befürchtungen, auch unsere programmatischen Forderungen. Selbst die werden mittlerweile von allen anderen übernommen. Und deswegen ist es halt einfach die Realität, die wir abbilden. Und wir sind nicht in einem Elfenbeinturm oder so, sondern wir sehen, was für Probleme dieses Land hat. Und ich denke, das schätzen auch viele junge Wähler, diese Klarheit. Weniger Politikersprech, sondern Klarheit.

Sternengucker: Welche Erinnerungen haben Sie noch an unsere Schule? Sie waren auch Schüler am Archenhold-Gymnasium. Ist Ihnen Ihre Schulzeit eher positiv oder negativ in Erinnerung geblieben?

Dustin Hoffman (CDU):

Sowohl als auch, tatsächlich. Also ich bin gerne auf das Archenhold-Gymnasium gegangen, tatsächlich speist sich mein Freundeskreis bis heute aus meinen Abi Kollegen und Kolleginnen. Die Lehrer, die mich damals hatten und teilweise auch noch an der Schule sind, wissen, dass ich viel Blödsinn gemacht habe. Ich habe aber auch an der Schule viel gelernt fürs weitere Leben. Die Zeit am Archenhold hat mich sehr in meiner Persönlichkeit geprägt. Es gibt einige Lehrer, den ich auch bis heute noch dankbar bin, wie sie mich gefordert oder gefördert haben. Ich hatte eine schöne Zeit am Archenhold Gymnasium.

Sternengucker: Wie sind Sie in die Politik gekommen? War das schon immer Ihr Ziel oder hatten Sie andere Wunschberufe als Kind?

Gregor Gysi (Die Linke):

Ich habe neben dem Abitur zunächst den Beruf des Rinderzüchters erlernt, allerdings dann Jura studiert und arbeite also als Anwalt. In die Politik bin ich erst mit der Wendezeit in der DDR gekommen, also 1989/90. Das war vorher nicht mein Ziel, aber es gab zu dieser Zeit vermutlich keinen weiteren Menschen auf dem Planeten, der bereit gewesen wäre, Vorsitzender

der ehemaligen Staatspartei der DDR zu werden. Aber da ich mich als Anwalt immer um Menschen in verschiedenen Nöten, mit verschiedenen Problemen kümmere, habe ich damals nicht Nein gesagt.

Dunja Wolff (SPD):

In Brunsbüttel geboren, habe ich mit 16 Jahren bereits gegen Atomkraft protestiert. Als Mutter habe ich mich in den Bereich Bildung eingefuchst und wurde Landesschulbeiratsvorsitzende in Berlin. Der Weg in die Kommunalpolitik/in das Abgeordnetenhaus war und ist von mir eingeschlagen worden, weil ich die NPD/AfD nicht ertrage und das keine Alternative sein darf. Mein Beruf als Künstlerin entstand aus dem Hobby Tanz. Ich war als Musicaldarstellerin viel unterwegs (u.a. Cats - Hamburg, Phantom der Oper - Hamburg, Elisabeth – Theater an der Wien) Meine beruflichen Erfahrungen helfen mir in der Politikwelt sehr. Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ist entscheidend. Als Politikerin erwarte ich von mir keine Rolle zu spielen.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Ungerechtigkeiten wie Ausgrenzung oder die Zerstörung unserer Lebensgrundlage haben mich schon früh belastet und ich wollte etwas dagegen tun. In der Schule habe ich angefangen, mich gegen Noten und ausschließlichen Frontalunterricht einzusetzen. Als ich erfahren habe, dass es Jugendorganisationen gibt, habe ich mir verschiedene angeschaut und bin bei der Grünen Jugend geblieben, weil ich dort sofort ernst genommen wurde und mitbestimmen durfte. Ich wollte als Kind mal Journalisti*n, Architekt*in oder Sexualtherapeut*in werden. Seit meiner Jugend ist mir klar, dass ich politisch mitbestimmen will. Das kann man auf verschiedenen Ebenen, ob in einer Gewerkschaft, einer aktivistischen Gruppe oder in einer Partei. Politisch aktiv will ich, wenn möglich, immer sein, aber nicht mein ganzes Leben Berufspolitiker*in. Neben meinem Studium in nachhaltiger Stadtentwicklung, arbeite ich aktuell bei einem Projekt, das die Wärmewende vorantreibt.

Dustin Hoffman (CDU):

Ganz und gar nicht. Ich komme aus Treptow-Köpenick. Ich bin in Alt-Treptow geboren, in der fünften Generation Treptower. Ich bin lokalpatriotisch angehaucht, also mir ging es immer darum, mein konkretes Umfeld mitzugestalten und zu entwickeln.

Ich hatte zwei Beispiele, wo ich gesagt habe, da muss man doch was machen können. Die Buslinie 165 fuhr damals schon dieselbe Strecke im 20 Minuten Takt mit dem Ergebnis, dass, wenn am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium die Schüler eingestiegen waren, war der Bus brechend voll, als er bei uns an der Schule ankam. Und wir sind regelmäßig nicht reingekommen. An einer Buslinie, an der fünf Schulen, zwei Einkaufszentren, ein Krankenhaus und drei Ärztehäuser liegen, die quasi den gesamten Bezirk durchzieht, muss es doch möglich sein, in der Hauptverkehrszeit einen 10 Minuten Takt einzurichten. Mittlerweile gibt es ihn, morgens und nachmittags bis zum S-Bahnhof Plänterwald. Das Ganze hat sieben Jahre gedauert, bis die Fahrplanänderung kam. Ich habe das während meiner Schulzeit nicht mehr erlebt. Aber ich hoffe, dass es euch jetzt hilft.

Es war so, dass die Junge Union vor dem Archenhold-Gymnasium stand und Flyer verteilt hat. Da habe ich gedacht, ich spreche mal jemanden von denen an, der mir bei diesem Anliegen helfen kann. Die Junge Union hat mir angeboten, schreib doch mal einen Antrag dazu für das Bezirksparlament, die BVV und so bin ich da hängen geblieben.

Michael Gleichman (AfD):

Also politisch gedacht habe ich tatsächlich schon immer. Ich habe mich immer sehr viel mit Geschichte befasst, also vor allem mit der deutschen und europäischen Geschichte. Ich war auch in der 11. Klasse zum Beispiel in Wales für ein halbes Jahr in einem Austauschprogramm und ich habe mich immer dafür interessiert, wie Menschen sich organisieren. Auch die Kultur anderer Völker hat mich in dem Kontext immer sehr interessiert. Ich hätte gerne Geschichte studiert, allerdings ist das dann mit der Berufswahl dann nicht so einfach. Deswegen habe ich mich dann schlussendlich für ein Politikstudium entschlossen. Mein Ziel war aber eher internationale Politik, also so etwas wie bei der Bundeswehr oder in unserer Verteidigungs- bzw. Außenpolitik. Reine Parteipolitik war eigentlich nicht unbedingt mein Ziel. Ich habe mich dann aber spätestens seit 2011 mit der Aussetzung der Wehrpflicht, dem späteren Atomausstieg und in 2015 mit der Grenzöffnung - oder nicht erfolgten Grenzschießung - entschlossen politisch aktiv zu werden, weil ich gesagt habe, dass diese Entscheidungen katastrophale Folgen haben werden. Deswegen bin ich 2015 der AfD beigetreten.

Sternengucker: Welcher Moment Ihrer politischen Laufbahn ist Ihnen am meisten in Erinnerung geblieben?

Gregor Gysi (Die Linke):

Das war vielleicht die Abstimmung zum Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin. Es gab starke Gegenkräfte, doch am Ende haben gerade die Stimmen meiner Partei den Ausschlag gegeben, dass Berlin die Hauptstadt des vereinten Deutschlands wurde.

Dunja Wolff (SPD):

Meine Rede gegen die Atomkraft im Parlament und mein Einsatz für Schülerinnen und Schülern einer Flüchtlingsunterkunft. Ihre Unterkunft sollte auf Grund von Fehlinformationen geschlossen werden. Einen plötzlichen Schulwechsel konnte ich durch Aufklärung verhindern.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Ich habe nicht den einen Moment, der mich für immer geprägt hat. Aktuell bin ich neben meinem Engagement in der Bündnisgrünen Partei auch bei „Wirfahrenzusammen“ aktiv. Hier kämpfen Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs, die Gewerkschaft ver.di und Klimaaktivist*innen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV. Denn damit dieser ausgebaut werden kann, was gut fürs Klima ist, braucht es Menschen, die die Busse und Bahnen fahren oder reparieren wollen. Diese Zusammenarbeit bereichert mein Leben sehr. Obwohl wir ganz unterschiedliche Lebensrealitäten haben, kämpfen wir gemeinsam. Daraus ziehe ich Hoffnung, dass auch in anderen Bereichen Menschen wieder stärker zusammen finden und voneinander lernen können.

Egal, an welchen politischen Projekten ich gerade arbeite, was mir am Ende immer Kraft gibt, ist, zu sehen, dass wir etwas verändern können, wenn wir uns zusammenschließen.

Dustin Hoffman (CDU):

Ich bin früh in Verantwortung gekommen. Ich bin 2010 in die CDU eingetreten und habe 2012 mein Abitur gemacht. Diese Busgeschichte war also in der achten oder neunten Klasse und hat mich sehr beschäftigt. Mit 16, in der zehnten Klasse bin ich in die CDU eingetreten und mit 18, zwei Jahre später, bin ich dann zum CDU-Ortsvorsitzenden von Alt-Treptow, Plänter-

wald und Baumschulenweg gewählt worden. Die Gegend ist kein klassisches CDU-Pflaster, so an der Grenze zu Kreuzberg, Nord-Neukölln und Friedrichshain. Es ist ein kleiner Ortsverband. Der damalige Vorsitzende wollte und konnte diese Aufgabe nicht mehr weitermachen und hat einen Nachfolger gesucht. Man ist auf mich gekommen und man hat mich gefragt. Ich habe tatsächlich mal etwas Neues gewagt, gesagt, okay, ich probiere es.

Ich habe diese Aufgabe bis heute inne als Ortsvorsitzender. Das hat meine politische Entwicklung beeinflusst. Wenn ich mich einer Aufgabe stelle, versuche ich, diese gut auszufüllen und bleibe dran.

Ich glaube, mein politisches Engagement wäre nicht so intensiv geworden, hätte man mir nicht diese Aufgabe übergeholfen. Und damit war ich dann tatsächlich deutschlandweit der jüngste CDU-Ortsvorsitzende.

Michael Gleichman (AfD):

Mir fallen da gleich zwei Momente ein.

Erstmal mein Parteieintritt 2015. Da gab es einen besonderen Parteitag den sogenannten „Essener Parteitag“. Dort hat sich ein Teil der AfD abgespalten, ca. 1/3 der Mitglieder zu der Zeit. Und die Erzählung von außen war „Jetzt sind es nur noch die Nazis“ und ich habe mir dann gedacht, dass ich das überhaupt nicht so sehe und, dass die Leute, die ich kenne, ganz normale Menschen sind. Das hat nichts mit Rechtsextremismus oder dergleichen zu tun. Deswegen habe ich dann gesagt, „Da muss ich jetzt rein, muss ich eintreten. Und allein durch meine Mitgliedschaft zu zeigen, dass diese Partei nicht am Ende ist“.

Der zweite Moment ist meine jetzige, meine erste Kandidatur. Und da die Rede bei der Wahlversammlung, das ist eine Rede, die ich noch lange in Erinnerung haben werde. Da haben die Mitglieder mich auch noch gewählt und deswegen bin ich auf der Landesliste gelandet.

Wohn- und Bildungspolitik

Sternengucker: Treptow-Köpenick ist der am schnellsten wachsende Bezirk in Berlin. Wie planen Sie in Zukunft mit Themen wie Wohnungsmangel in unserem Kiez umzugehen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Es sind zwei Probleme – zu wenig Wohnungen und zu wenig bezahlbare Wohnungen. Deshalb brauchen wir unbedingt einen gemeinnützigen Wohnungsbau, der nicht darauf schießt, Profit aus dem Menschenrecht auf Wohnen zu schlagen. Wenn der Immobilienkonzern Vonovia keine Dividende an die Aktionäre zahlen müsste, könnten die Mieten sofort um 40 Prozent sinken. Das zeigt, dass wir mehr Wohnungen in öffentlichem Eigentum brauchen, weil man dann direkt Einfluss auf die Entwicklung der Mieten nehmen kann. Wien zum Beispiel zeigt, dass und wie es geht.

Dunja Wolff (SPD):

Entbürokratisierung in Bezug auf schnellere Verfahren für Baugenehmigungen, wobei in Treptow-Köpenick sehr gut gearbeitet und sehr viel auf den Weg gebracht wurde.

Außerdem: Berlin hat als 1. Bundesland das Schneller-Bauen-Gesetz auf den Weg gebracht.

Anka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir brauchen wie in München einen Mietenzwang für die nächsten 6 Jahre. Außerdem muss es mehr bezahlbaren Wohnraum geben.

Wenn sich selbst ein*e Ingenieur*in keine Wohnung mehr leisten kann, haben wir ein Problem. Es braucht nicht mehr Luxuswohnungen sondern bezahlbaren Wohnraum, damit zum Beispiel junge Menschen nach der Schule aus dem Elternhaus ausziehen können oder Familien mit mehreren Kindern auch noch eine Wohnung finden.

Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass nur noch Neubau staatlich gefördert wird, der bezahlbar ist. Außerdem darf unser Zuhause keine Ware sein. Spekulation mit Wohnraum muss endlich ein Ende haben. Ich unterstütze deshalb auch den Volksentscheid von Deutsche Wohnen & Co. enteignen. Knapp 60% der Berliner*innen haben dafür gestimmt Wohnungskonzerne ab 3.000 Wohnungen zu enteignen. Dieser Volksentscheid muss end-

lich umgesetzt werden.

Dustin Hoffman (CDU):

Köpenick ist ein Wachstumsbezirk oder der Wachstumsbezirk schlechthin zwischen Innenstadt, Flughafen und grüner Lage. Da wollen die Menschen sowohl arbeiten als auch wohnen. Meine Vorstellung ist, dass wir einen Wachstumspakt für Treptow-Köpenick ausrufen, indem wir wohnen und arbeiten neu denken. Berlin ist so gewachsen, dass Wohnen und Arbeiten nah beieinander lagen. Das heißt, im Vorderhaus wurde gewohnt und im Hinterhof wurde produziert. Die Wege waren kurz. Doch es wird immer Jobs geben, die kein Homeoffice anbieten.

Ich war heute in einem mittelständischen Unternehmen, welches innerhalb der Siemens Produktion Verpackung herstellt. Die Leute müssen fünf Tage die Woche in diese Werkshalle kommen. Um diesen Job in irgendeiner Form attraktiv zu machen, braucht es, glaube ich, eine gewisse Nähe zwischen Wohnen und Arbeiten. Wenn sich hier ein neues Unternehmen in Treptow-Köpenick ansiedelt, dann sollte es eine Partnerschaft mit einem städtischen Wohnungsbauunternehmen abschließen. Dann werden Wohnungen in einem bestimmten Kontingent gebaut oder zur Verfügung gestellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Firma haben dann ein erstes Zugriffsrecht. Ich erhoffe mir davon, dass wir diese Arbeit im Gewerbe und in der Industrie attraktiv halten gegenüber der digitalisierten Bürowelt und dem Dienstleistungssektor. Attraktiv deshalb, weil man dann eben nur 15 Minuten von der Arbeit nach Hause bräuchte und somit Familie und Beruf besser miteinander vereinen kann. Es braucht Industrie und Produktionsarbeitsplätze, da kommen wir nicht drum rum. Deswegen braucht es einen Wachstumspakt für Treptow-Köpenick, so dass jeder Arbeitgeber, der sich hier ansiedeln möchte, mit ins Boot geholt wird für die Erweiterung der technischen und sozialen Infrastruktur.

Wir haben es jahrelang versäumt, ausreichend Schulplätze und Kitaplätze zu schaffen. Warum denken wir nicht mehr darüber nach und schaffen Anreize, dass auch Arbeitgeber Betriebs-Kitas schaffen. Das sind alles gar keine neuen Ideen. Wie gesagt, die Mietskasernen in Berlin sind in der Gründerzeit zwischen 1890 1920 gebaut worden. Da gab es auch viele Nachteile, aber alte Ideen in die heutige Zeit zu übertragen und zu überlegen, wie man damit das 21. Jahrhundert gestaltet, wäre mein Wunsch.

Michael Gleichman (AfD):

Also beim Thema ich bin jetzt kein Experte, was Baurecht oder so angeht, aber ich bleibe mal ein bisschen ein bisschen grob. Wir haben natürlich die Angebotsseite und die Nachfrageseite. Bei der Angebotsseite wollen wir ansetzen, weil durch die durch die hohe Bürokratie und durch die hohen Auflagen, auch, was Baurecht angeht, zu wenig privat gebaut wird. Und es lohnt sich halt einfach für die Privatwirtschaft zu wenig zu bauen, weil auch durch die Mietpreisbremse oder andere Eingriffe in den Markt der ganze Prozess nicht so produktiv und profitabel ist. So wollen wir die Grunderwerbsteuer zum Beispiel abschaffen, wir sind aber skeptisch, was Eingriffe, wie z.B. Mietpreisbremsen oder Mietendeckel angeht. So etwas schafft keinen Quadratmeter mehr Wohnraum. Es bedeutet für die Mieter, die dort sind, dass die Mieten nicht steigen, aber es ist zu kurz gedacht, weil das Angebot gleichbleibt.

Zu der Nachfrageseite: Einer der Effekte den wir hier sehen, ist durch die unkontrollierte Massenmigration. Ich glaube in Berlin waren es letztes Jahr etwa 26.000 Asylbewerber und die müssen halt irgendwo wohnen. Um das jetzt mal ganz platt zu sagen: Abschieben schafft Wohnraum. Wenn du illegale und kriminelle Migranten abschiebst, dann ist mehr Wohnraum für Einheimische frei.

Das sind dann also die zwei Sachen, Angebot und Nachfrage. Wenn die Nachfrage steigt und das Angebot nicht mitwächst, dann steigt natürlich auch der Mietpreis, die Leute müssen ja irgendwo wohnen.

Sternengucker: Laut einer Umfrage der Deutschen-Telekom-Stiftung ist ein Großteil der Bevölkerung mit dem Bildungssystem in Deutschland unzufrieden. Wie denken Sie, muss dieses abgeändert werden, um es fairer und besser für alle zu gestalten? Denken Sie, die Bildungspolitik sollte weiterhin von den Ländern bestimmt werden, oder sollten Entscheidungen auf bundesweiter Ebene getroffen werden?

Gregor Gysi (Die Linke):

Der Bildungsföderalismus steht im Grundgesetz und könnte nur mit Zustimmung der Länder abgeschafft werden, was ausgeschlossen ist. Aber man muss wenigstens und schnell das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen in ein Kooperationsgebot verwandeln.

Dunja Wolff (SPD):

Mir wäre eine bundesweite Ebene lieber und sie würde den „Bildungsdschungel“ lichten.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Dass Menschen froh sind, wenn sie aus der Schule raus sind und erst mal keine Lust mehr aufs Lernen haben, ist ein Versagen. Meiner Meinung nach sollte Schule ein Ort sein, an dem Kinder- und Jugendliche spannende und für das Leben relevante Inhalte lernen und Spaß dabei haben. Statt Leistungsdruck braucht es echte Unterstützung für alle Kinder und Jugendlichen! Ich halte deshalb nichts von Noten, da sie keine Auskunft darüber geben, wie man sich verbessert hat oder verbessern kann. Außerdem sollte es in Schulen viel mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen geben.

Grundsätzlich finde ich es sinnvoll, dass wichtige Themen wie Bildung Ländersache sind. Zum einen deshalb, weil wir lokal viel besser wissen, was wir brauchen. Zum anderen, weil der Föderalismus nach dem Nationalsozialismus eine Maßnahme gegen Autorität und schnelle Machtübernahme war. Ich finde es aber sinnvoll, dass der Bund Geld für Bildung ausgeben darf.

Dustin Hoffman (CDU):

Wir hatten schon zu meiner Zeit 2012 das sogenannte Zentralabitur in den Kernfächern Deutsch, Mathe, und Englisch. Mittlerweile hat sich die Kultusministerkonferenz auf weitere Zentralabiture geeinigt. Ich weiß, dass auch damals meine Lehrer am Archenhold-Gymnasium den Standpunkt vertreten haben, wir lernen nicht fürs Abitur, sondern wir lernen für unser Leben. Einige Lehrer haben versucht, deutlich über dem Niveau, was abgefragt wurde zu unterrichten. Das hatte Vor- und Nachteile, aber das zeigt schon den Irrsinn auf, den wir im aktuellen Bildungssystem haben - jede Schule kann im Zweifel selbst entscheiden, was und wie gelehrt wird.

Außerdem glaube ich tatsächlich sehr, dass wir so eine Art Lebenskundeunterricht gebrauchen könnten. Auch meine Erfahrung ist, dass das, was ich im Mathe-Grundkurs in der elften Klasse gelernt habe, nicht so hilfreich gewesen ist. Besser wäre es, wenn man mir mal vorher erklärt hätte, wie man Brutto und Netto abrechnet. Was es eigentlich für Steuern gibt und wie eine Steuererklärung zumindest funktioniert? Wie gehe ich mit Geld um? Das ist auch die Aufgabe der Eltern, das zu Lehren und in der Erziehung rüberzu-

bringen, aber es sollte auch in der Schule gelehrt werden. Jeder sollte sich mal damit beschäftigt haben, wie man zum Beispiel mit seinem Geld sinnvoll umgeht und wo man Geld einsetzen kann.

Michael Gleichman (AfD):

Kurz gesagt wollen wir die Rückkehr zum Leistungsprinzip und zum Fokus auf die Wissensvermittlung. Das heißt also tatsächlich Exzellenz wieder zu fördern, besonders in den Bereichen, wo es eine große Nachfrage gibt – vor allem klassische MINT-Fächer. Zudem sind wir große Anhänger des mehrgliedrigen Schulsystems, weil wir glauben, dass den Bedürfnissen der verschiedenen Schüler mehr Rechnung getragen wird, wenn es ein mehrgliedriges Schulsystem gibt. Die Einheitsschulen in der jetzigen Form glauben wir, überfordern einige Schüler und unterfordern wiederum andere, was dann insgesamt den gesamten Standard des Unterrichts senkt.

Zukunftspolitik

Sternengucker: Die junge Generation hat z.B. durch die Proteste der Fridays for Future Bewegung gezeigt, dass sie sich von vielen Entscheidungen der (deutschen) Politik nicht angesprochen bzw. nicht wahrgenommen fühlt. Denken Sie, diese jungen Menschen sind im Recht, wenn sie Angst um Ihre Zukunft haben und muss es eine Reform im Denken vieler Politiker*innen in dieser Hinsicht geben?

Gregor Gysi (Die Linke):

Es gibt dazu sogar ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Politik bei ihren Entscheidungen gerade in Klimafragen die Belange der jungen Generation berücksichtigen muss. Das wird leider von der herrschenden Politik noch viel zu wenig berücksichtigt. Wir dürfen heute nicht so leben, dass künftige Generationen in ihren Lebensmöglichkeiten drastisch eingeschränkt werden.

Dunja Wolff (SPD):

Ja – natürlich! Die Ängste sind berechtigt und ernst zu nehmen. Die Transformation braucht ein Miteinander aller. Also auch der jungen Menschen gemeinsam mit den älteren Generationen, die in Verantwortung sind. (Der Bewegung Friday for Future sind wir zu Dank verpflichtet, denn sie haben überhaupt erst wieder aufgerüttelt. Jetzt heißt es die Prozesse zu unterstützen und immer wieder mit einzufordern.)

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Auf jeden Fall. Ich bin selbst seit Jahren Klimaaktivist*in und kann verstehen, dass Menschen frustriert sind, dass nicht genug gegen die Klimakrise getan wird. Doch wie viele meiner Mitstreiter*innen bin ich der Meinung, dass aufgeben keine Option ist. Wir müssen selbst auf allen Ebenen für Klimagerechtigkeit kämpfen. Deshalb kandidiere ich für den Bundestag. Es mangelt nicht an Wissen, Maßnahmen oder Technologien. Es gibt jedoch eine extrem reiche Lobby, die ihr dreckiges Geschäftsmodell der Ausbeutung und Klimazerstörung weiterbetreiben will und deshalb aktiv gegen unsere Interessen für eine lebenswerten Zukunft arbeitet.

Ich glaube nicht daran, dass Politiker*innen der CDU und co. plötzlich umdenken werden. Sie wissen, was sie tun. Ich glaube daran, dass wir gemein-

sam politischen Druck für sozialgerechte Klimapolitik aufbauen müssen. Alle können dazu beitragen: Man kann eine Partei wählen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzt, auf eine Demo gehen oder selbst aktiv werden.

Dustin Hoffman (CDU):

Ein Grund, warum ich mich in der CDU engagiere, ist ein gewisses Weltbild vom Menschen und von der Welt an sich. Ich bin kein Freund von Zukunftsängsten, sondern von Respekt vor der Zukunft. Man muss Herausforderungen sehen, annehmen und lösen. Ich glaube fest daran, dass die Menschheit in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. Die Politik muss erstens die Zuversicht vermitteln, dass wir es schaffen können, und zweitens tatsächlich auch immer wieder erklären, warum Dinge so sind, wie sie sind. Ich glaube, wir diskutieren zu wenig darüber, wie Entscheidungen zustande kommen. Unter welchen Bedingungen Staats- und Regierungschefs in solche Verhandlungen hineinkommen. Unsere große Leistung in der Demokratie ist der Kompromiss. Und der Kompromiss ist auch immer ein Erfolg. Denn gäbe es den Kompromiss nicht, würde alles beim Alten bleiben. Das heißt, wir bewegen uns immer einen Schritt weiter. Von einem Kompromiss zum nächsten müssen wir uns voran arbeiten.

Man muss felsenfest faktenbasiert argumentieren. Es gibt durchaus Boomer, die den Klimawandel leugnen, und auch nicht in geringer Anzahl. Die Stimmen der AfD kommen auch von irgendwo her. Ich kann absolut verstehen, dass das einem 16-, 17-, 18jährigen Menschen Furcht macht, wenn die Eltern-Generation den Klimawandel leugnet. Umso mehr müssen die Kräfte, die faktenbasiert Politik machen, den Menschen erklären, dass sie dieses Problem begriffen haben und daran arbeiten. Zuhören, diskutieren, erklären. Das sind die Hausaufgaben und das ist aktuell wichtiger denn je.

Michael Gleichman (AfD):

Das, was uns ein bisschen leid tut bei Fridays for Future ist, dass ich kaum glaube, dass das von unten kommt. Man muss die Ängste von jungen Leuten natürlich ernst nehmen, das ist klar, aber wenn man sich die Organisation vieler Prozesse anschaut, dann stehen hinter diesen Protesten Basisbewegungen, die gezielt versuchen Panik zu schüren. Viele junge Leute denken, dass wir kurz vor dem Weltuntergang stehen und deswegen keine Zukunft mehr haben. Diese Angst wollen wir den jungen Leuten nehmen und ihnen sagen, dass sie sich immer noch ein schönes Leben aufbauen können. Es

gibt Herausforderungen in der Zukunft, aber die Welt wird nicht untergehen. Wir wollen den jungen Leuten diese Angst nehmen. Ich selbst habe teilweise Gespräche mit jungen Erwachsenen, die sagen, dass sie keine Familie mehr gründen wollen und dass irgendwann alles brennt. Solch eine Panikmache halten wir eher für unseriös und schwierig, weil unter anderem Vorfeldorganisationen der Grünen den jungen Leuten so diese Angst machen.

Sternengucker: Überflutungen, Stürme und Starkwetterereignisse gefährden in den letzten Jahren die Existenz vieler Menschen. 2025 soll laut vielen Prognosen die Durchschnittstemperatur zum ersten Mal die 1,5°C Barriere überschreiten und damit die Grenze des Pariser Klimaabkommens von 2015 brechen. Was sind Ihre Pläne um den menschengemachten Klimawandel einzuschränken, zu bekämpfen und den bisher Betroffenen zu helfen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Entscheidend ist, dass wir diese Frage in sozialer Verantwortung lösen. Alle notwendigen Beschlüsse müssen so getroffen werden, dass die Menschen, insbesondere jene mit niedrigen und mittleren Einkommen, nicht das Gefühl haben, dass sie nur draufzahlen müssen. Zumal der ökologische Fußabdruck von Wohlhabenden deutlich größer ausfällt. Ein Klimageld wäre ein Weg, damit dies berücksichtigt wird. Es sind gewaltiger Umwälzungen in unserer Wirtschafts- und Lebensweise notwendig und ich habe Zweifel, dass sich dies unter den Bedingungen des Kapitalismus wirklich umsetzen lässt. Wenn man sieht, wie stark das Fossilkapital versucht, sein Geschäftsmodell aufrechtzuerhalten, wird klar, dass Profitstreben als Innovationsdruck nicht ausreicht.

Dunja Wolff (SPD):

In Berlin die Dekarbonisierung der Wärme mit voranzutreiben, Ladeinfrastruktur zu erweitern, Parkraumbewirtschaftung deutlich zu nutzen, um den Umweltverkehr zu stärken, Natur- und Gewässerschutz zu stärken. Unser Solarcity Programm weiterhin vorantreiben. (Über 40.000 Solaranlagen sind bereits auf den Dächern in Berlin angebracht worden, wie zum Beispiel auf der Messe Berlin). Das Rad darf nicht zurückgedreht werden. Der ÖPNV

Ausbau ist sehr wichtig. Radwegekonzepte sinnvoll an Schwerpunkten ausbauen und weiter in den Randgebieten eine gute Anbindung schaffen. Es sind andere Länder in meist armen Regionen, die unter den Überflutungen und Extremwetterlagen zu leiden haben. ES muss über die eigenen Grenzen hinausgedacht werden. Rückwärtsgewandte Klimapolitik, wie sie jetzt in den USA angekündigt wurde, wird die zukünftigen Kosten sprengen und jetzige Investitionen klein aussehen lassen.

Anka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz, das seinen Namen verdient. Außerdem muss Deutschland endlich aus Kohle, Öl und Gas aussteigen. Die Klimakrise ist so eine große Herausforderung, dass es wichtig ist, dass die ganze Gesellschaft mitmacht. Deshalb bin ich ein großer Fan von Klimabürger*innenräten. Denn hier diskutiert eine gesellschaftlich repräsentative Gruppe darüber, welche Maßnahmen für uns machbar sind, um die Klimaziele zu erreichen.

Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind oft am meisten betroffen. Das ist hochgradig ungerecht. Da Deutschland in der Vergangenheit die Klimakrise massiv befeuert hat, sind wir in der Verantwortung, zum Beispiel finanzielle Unterstützung für die am meist betroffenen Gebiete zu leisten. Auch in Deutschland sind es vor allem reiche Menschen, die am meisten zur Klimakrise beitragen. Doch wir führen eher Konsumdebatten als darüber zu reden, dass die Industrie umgebaut werden muss oder Luxusjachten verboten werden sollen. Der nötige Umbau wie zum Beispiel bei der Wärmewende darf nicht auf dem Rücken von dem Großteil der Gesellschaft ausgetragen werden. Klimaschädliche Produkte dürfen nicht länger die einfachste Option sein.

Dustin Hoffman (CDU):

Wir müssen in eine Transformation unserer Wirtschaft und der Mobilität eintreten. Was ich eben in Bezug auf den Wachstumspakt für Treptow Köpenick gesagt habe, Wege zu kürzen, ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Wir müssen die Erneuerbaren ausbauen. Gar keine Frage und wir müssen Anreize schaffen, wie eben zum Beispiel die Förderung von Solaranlagen. Wir müssen aber auch dabei Aufklärung betreiben. Auch da gibt es noch wahnsinnig viele Falschinformationen oder Gerüchte und Vorbehalte. Wenn man die Zahlen aus Norwegen bei den Neuanmeldungen von Autos

hört, sind 90% der neu angemeldeten Autos Elektroautos. In Deutschland sind es deutlich weniger. Das liegt maßgeblich daran, dass unsere Ladeinfrastruktur es nicht hergibt. Wenn man dann außerhalb Berlins versucht, längere Strecken zu fahren, dann ist E-Mobilität immer noch unattraktiv. Da muss der Staat ganz deutlich ran. Wir müssen mit unserer Industrie zusammenarbeiten. Deutschland ist für 2% der CO² Emissionen weltweit verantwortlich. Das heißt, natürlich haben wir unseren Beitrag zu leisten, aber andere auch. Wir müssen Innovationstreiber sein. Wir haben immer in Deutschland davon profitiert, dass wir die neueste Innovation hatten, die wir dann in die Welt verkauft haben. Dann profitierten die Welt und Deutschland davon. Wir sind kein Billiglohnsektor-Land, wir brauchen Innovation und wir müssen diese Innovation in die Welt exportieren. Da hat Deutschland insofern Nachholbedarf, als dass wir in Bildung und Forschung extrem investieren müssen.

Michael Gleichman (AfD):

Also grundsätzlich gibt es zwei Säulen, auf denen der Umgang mit dem Klimawandel beruhen: die Minderung des CO₂ Ausstoßes und die Klimaanpassung.

Prinzipiell ist es erstmal wichtig zu sagen, dass die AfD den Klimawandel nicht leugnet, aber haben große Zweifel daran, dass der Anteil des Menschen so ist, wie es immer dargestellt wird. Gerade wenn man es auf Deutschland runterbricht, tragen wir nur einen ganz kleinen Anteil.

Die Erzählungen der vergangenen Jahrzehnte waren immer "Wir zeigen, dass es funktioniert, wir reduzieren CO₂ und erschaffen blühende Landschaften und die gesamte Welt wird uns folgen". Das ist ja nun krachend gescheitert, weil vor allem die Energiewende, zu einer Deindustrialisierung und einer Rezession geführt hat.

Wir sind nicht mehr wettbewerbsfähig, aber auch Belastungen für ganz normale Privatpersonen sind zu hoch, sodass wir gerade kein gutes Beispiel für diese Transformation sind.

Im Gegenteil sind wir eher ein abschreckendes Beispiel. Deswegen sagen wir, wir wollen eine Anpassung an den stattfindenden Klimawandel, also die Starkregenereignisse zum Beispiel. Ich komme ja ursprünglich aus dem Rheinland. Unser Dorf wurde vor drei Jahren auch überflutet. Das liegt aber auch daran, dass z.B. Flussbegradigungen oder Bodenverdichtungen stattgefunden haben.

Wir sind auf den auf diese Auswirkungen einfach nicht mehr vorbereitet.

Dinge wie die Renaturalisierung von Flüssen sind also absolut sinnvoll, weil das gerade Hochwasserereignisse abmildert. Aber wo wir nicht mitgehen, ist, dass wir uns bzw. unsere wirtschaftliche Basis zerstören. Es bringt uns nichts, wenn wir keinen CO2 Ausstoß mehr haben aber wirtschaftlich abgehängt sind. Das halten wir für den völlig falschen Weg.

Nachfrage: Deutschland ist weltweit die drittstärkste Industrienation. Sind Sie sich sicher, dass der Rückgang der deutschen Wirtschaft, so wie Sie sagen, nur Aufgrund der Investition in den Klimaschutz stattfinden bzw. stattfand? Gibt es nicht weitere Faktoren, die einen größeren Einfluss darauf haben?

Wir sind die einzige Industrienation mit einer Rezession und hatten letztes Jahr einen wirtschaftlichen Rückgang von 0,3% verglichen mit anderen Industriestaaten. Das wird oft z.B. auf den Ukraine Krieg geschoben, aber müsste es allen anderen Staaten dann nicht genauso gehen? Das dies aber nicht der Fall ist, zeigt uns, dass wir richtige tieflegende Probleme haben. Na klar haben wir immer noch ein hohes Niveau beim BIP, aber z.B. die Belastung der Haushalte zeigt eine andere Geschichte. Anders als in anderen Staaten Europas haben wir etwa eine niedrige Wohneigentumsquote. Was ich damit sagen will, ist, dass das kein zyklischer Abschwung ist, sondern tiefere strukturelle Probleme sind, die wir haben, unter anderem oder hauptsächlich durch die Energiewende, weil die Energiekosten einfach zu hoch sind für unsere industrielle Basis.

Sternengucker: Die Rentenpläne der momentanen Regierung ruhen besonders auf dem Rücken der jungen Generation. Wie wird hierbei garantiert, dass eine faire Rente auch für unsere Generation noch angeboten wird und das Problem nicht nur weiter in die Zukunft verlegt wird?

Gregor Gysi (Die Linke):

Es muss einfach eine Rentenversicherung geben, in die alle mit Arbeitseinkommen einzuzahlen haben, also auch Politiker, Beamtinnen, Rechtsanwältinnen und Managerinnen. Und das Ganze ohne Beitragsbemessungsgrenze, so dass der Millionär eben von seinem ganzen Einkommen Rentenbeiträge zahlen müsste. Wenn man dann den Rentenanstieg für die Bestverdien-

den im Sinne einer Solidarleistung abflacht wird es auch eine faire Rente für kommenden Generationen geben.

Dunja Wolff (SPD):

Frau Wolff verweist auf das Parteiprogramm der SPD in welchem steht:

„Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer jahrzehntelang

Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können. Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge zahlen werden. Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab.

Wir wollen, dass Deine Arbeit auch in der Rente ihren Wert behält.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und muss es bleiben. Es geht uns um einen guten Lebensstandard im Alter. Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Für die Lebensstandardsicherung müssen aber auch die zweite, betriebliche Säule und die dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen.“

Anka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir Grüne kämpfen für eine zukunftsfeste und würdige Rente. Menschen sollen sich auf stabile Renten verlassen können. Das gilt heute und auch für zukünftige Generationen. Wir wollen das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent halten. Um Altersarmut zu verhindern, fördern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, das Rückkehrrecht in Vollzeit und eine faire Verteilung von Sorgearbeit. Wir wollen eine Bürgerversicherung einrichten, in die auch Abgeordnete und perspektivisch Beamt*innen einzahlen.

Dustin Hoffman (CDU):

Die CDU hat zwei Vorschläge für die Rente. Für die Jugend ist es die sogenannte Frühstartrente, die wir uns vorstellen. Wir wollen das Thema ETFs ansprechen. Die Union schlägt vor, für jeden jungen Menschen ab dem

sechsten Lebensjahr bis zum 18. Lebensjahr monatlich 10€ auf ein Depot einzuzahlen, um einen Anreiz zu schaffen, eine private Altersvorsorge aufzubauen. Es soll ein Anreiz sein, dass auch Eltern, Großeltern oder man selbst in dieses Depot einzahlt, wenn man sieht, was für eine Entwicklung das ETF-Depot nimmt. Wenn dieses eingezahlte Geld dann im späteren Leben bis zum Renteneintritt nicht angefasst wird, kommen dann auch 36.000€ zustande, wenn man eine normale Zinsrendite von 5% ansetzt.

Der sogenannte Generationenvertrag wird auf Dauer nicht so einzuhalten sein, wie er sich Otto von Bismarck mal ausgedacht hatte. Wir müssen auch da neue Ideen entwickeln. In den 60er Jahren haben vier Arbeitnehmer für einen Rentner gezahlt, mittlerweile sind es zwei Arbeitnehmer, die für einen Rentner zahlen. Wenn ihr dann voll im Arbeitsleben steht, dann steht das Verhältnis eins zu eins. Das ist dann nicht zu leisten. Wie soll ein Einzelner von seinem Lohn eine adäquate Rente für einen Rentner bezahlen?

Auch hier gibt es ein nordisches Modell. Norwegen hat die Einnahmen aus den Ölverkäufen der 50er bzw. 60er Jahre in einen Staatsfonds gepackt, um daraus Klimamaßnahmen zu finanzieren und auch die Gesellschaft sozial abzusichern. Ich muss sagen, den Vorschlag der FDP, eine finanzmarktbaasierte Komponente in das klassische Umlagensystem der Rente einzupflegen, halte ich für richtig. Aber wir werden dazu kommen müssen, dass diese Altersvorsorge auch privat besser gefördert und gestützt wird.

Michael Gleichman (AfD):

Also, da gibt es verschiedene Maßnahmen. Keine einzige davon wird das Problem allein lösen. Das Allerwichtigste aus unserer Sicht ist, dass wieder mehr Beitragszahler von unten nachkommen. Wir wollen durch eine aktivierende Familienpolitik dafür sorgen, dass sich Menschen wieder für eine Familie entscheiden und dadurch volkswirtschaftlich betrachtet neue Beitragszahler nachwachsen. Das wird natürlich einen zeitlichen Verzug haben, bis diese Menschen dann tatsächlich im Arbeitsleben stehen. Außerdem wollen wir die private Altersvorsorge stärken, z.B. durch eine Aktienrente oder auch durch betriebliche Altersvorsorge.

Wir wollen außerdem die Einwanderung in die Sozialsysteme unterbinden, durch eine kontrollierte Einwanderung und eine klare Wende in der Migrationspolitik. Was wir derzeit haben, ist eine unkontrollierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme von Menschen, die nie eingezahlt haben.

Zusammengefasst wollen wir also unsere Sozialsysteme retten, weil dieses umlagefinanzierte System grundsätzlich eine tolle Sache ist. Was wir jedoch

nicht wollen, ist eine weitere Bestrafung der jungen Generation, die immer mehr schultern muss. Gerade jetzt werden zum Beispiel wieder die Krankenkassenbeiträge erhöht. Das betrifft zwar nicht die Rentenkasse, ist aber prinzipiell ein Problem des gesamten umlagefinanzierten Sozialsystems. Das geht nicht, weil wir dadurch auch die Arbeit unattraktiver machen. Eine weitere Maßnahme, auch wenn sie vielleicht eher klein erscheint, ist, Arbeit wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehört die Abschaffung des Bürgergeldes und die Reintegration der Bezieher in den Arbeitsmarkt, sodass es sich wieder lohnt, arbeiten zu gehen. Das Lohnabstandsgebot muss wieder gelten, damit mehr Menschen in Arbeit kommen und wiederum einzahlen.

Sternengucker: Vor kurzem wurde eine Statistik veröffentlicht, die 27 europäische Zugunternehmen verglichen hat. Dabei erreichte die Deutsche Bahn Platz 16 von 27. Der Großteil der Deutschen Bahnreisenden sind vor allem von der Pünktlichkeit der DB enttäuscht. Wollen Sie das Angebot der Deutschen Bahn mit staatlicher Unterstützung verbessern? Wenn ja, wie würden solche Maßnahmen aussehen? Ist eine Weiterführung des Deutschland-Tickets bzw. 49-Euro-Tickets möglich und sinnvoll? Wie denken Sie, sieht die Zukunft der Fortbewegung aus?

Gregor Gysi (Die Linke):

Das 49-Euro-Ticket war eine der wenigen gelungenen Beschlüsse der Ampel. Es hat sich gezeigt, dass es nicht wenigen Menschen einen Anreiz bietet, vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Voraussetzung ist allerdings, dass man dann auch ein entsprechendes ÖPNV-Angebot bereitstellt. Die Bahn hat von dem Moment an, als von der Bundesregierung auf Profit orientiert wurde, die eigentlich notwendigen Investitionen vernachlässigt bzw. sich nur noch auf profitträchtige Bereiche konzentriert. Man kann aber eine Bahn, die auch noch in der Fläche präsent ist, wo vielleicht nur Hunderte Fahrgäste zu befördern sind, nicht dem Profitmaßstab unterordnen. Die Folgen sehen wir jetzt und es wird bis zum Ende des Jahrzehntes dauern, bis sie behoben sind. Wenn überhaupt.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Es kann nicht sein, dass ein Zugticket doppelt so teuer ist wie ein Flug. Wir verdienen bezahlbare Mobilität, die nicht unsere Zukunft zerstört. Dafür

muss endlich in den Ausbau und die Sanierung der Schiene investiert werden. Die Weiterführung des 49 € Tickets ist möglich und soll gerade für junge Menschen günstiger werden. Schädliche Subventionen wie beim Flugverkehr müssen beendet werden. Unsere Steuergelder dürfen nicht weiter für neue Autostraßen wie die Landstraße TVO oder die Stadtautobahn A100 ausgegeben werden.

Große Autostraßen mitten durch einen alten Eichenwald wie die Wuhlheide oder durch die Stadt zu bauen und damit Menschen, Kitas und Clubs zu verdrängen, ist nicht das, was wir jetzt brauchen. Mehr Autostraßen führen zu mehr Stau, nicht zu mehr Lebensqualität. Wir haben das Recht, sicher und bequem an unsere Ziele zu kommen.

Dustin Hoffman (CDU):

Die Union hat auch der Fortführung des Deutschland-Tickets zugestimmt. Grundsätzlich ist es richtig, solche Tickets zu haben. Es ist auch nicht erklärlich, dass man vorher, wenn man von einer Stadt zur anderen gefahren ist, ein anderes Ticket brauchte. Das Deutschlandticket hat was mit Vereinfachung zu tun. Es ist ein Anreiz für die öffentlichen Verkehrsträger mehr zu kreieren. Deswegen gehe ich davon aus, dass das Deutschland-Ticket in irgendeiner Form erhalten bleibt, aber an einem Preis würde ich es jetzt nicht fest machen.

Michael Gleichman (AfD):

Grundsätzlich erkennen wir die Notwendigkeit, in die Bahn und in die Strecken zu investieren, ebenso wie in den öffentlichen Nahverkehr. Das ist natürlich absolut notwendig. Wir sind jedoch grundsätzlich skeptisch, was Subventionierungen angeht, vor allem die Einseitigkeit, die auf den Personennahverkehr oder den Fernverkehr gelegt wird – also auf die Bahn – zuungunsten der individuellen Mobilität.

Wir glauben, dass es ideologisch der falsche Weg ist, nur auf die Bahn oder den Personennahverkehr zu setzen und die individuelle Mobilität zu vernachlässigen. Die Menschen sollten die Entscheidungsfreiheit haben. Es kann nicht sein, dass man quasi gezwungen wird, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Das sieht man zum Beispiel in Berlin, wo Parkplätze abgeschafft werden. Es gibt sogar den expliziten Wunsch, dass Menschen keine Autos mehr haben, zumindest nicht durch Maßnahmen wie autofreie Bereiche.

Ich kann den Gedanken dahinter schon verstehen, aber wenn der öffentliche Nahverkehr dann nicht funktioniert, macht das alles keinen Sinn. Dann wird man bestraft. Ich werde gezwungen, mit der S-Bahn zu fahren, die aber dreckig ist und in der ich mich nicht wohl fühle. Zudem sitzen am Bahnhof Leute, mit denen ich mich unwohl fühle. Ich möchte eigentlich lieber mit meinem Auto fahren, aber ich habe diese Wahlfreiheit nicht mehr.

Wir sind für Wahlfreiheit. Was das 49-Euro-Ticket betrifft, bin ich mir nicht ganz sicher. Auch hier sind wir skeptisch. Wir erkennen zwar den Investitionsbedarf, aber die einseitige Fokussierung auf die Bahn sehen wir kritisch.

Sozialpolitik

Sternengucker: Schon seit mehreren Jahrzehnten wächst der Wohlstand der Reichen deutlich schneller als der, der Armen. Sehen Sie sich in der Rolle, diese Kluft zu überbrücken? Wenn ja, mit welchen Gesetzesentwürfen wollen Sie dagegen ankämpfen? Können Sie Chancengleichheit, insbesondere im Aspekt der Bildung, immer noch garantieren?

Gregor Gysi (Die Linke):

Das ist wahr, die soziale Spaltung nimmt immer mehr zu, weltweit, aber auch in Deutschland. Wir brauchen deshalb einen deutlich höheren Mindestlohn, eine Vermögensteuer und überhaupt Steuergerechtigkeit und nach dem belgischen Modell eine automatische Angleichung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen an die Inflation. All das hätte auch zur Folge, dass der Staat über genug Mittel verfügte, um in der Bildung Chancengleichheit herzustellen. Davon sind wir momentan leider sehr weit entfernt. Das verbaut Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern die Perspektiven und der Staat verzichtet auf das Talent und die Begabungen dieser Kinder. Beides dürfen wir uns nicht leisten. Es gibt in Deutschland 3 Millionen Kinder in Armut. Das ist ein Skandal.

Dunja Wolff (SPD):

Frau Wolff verweist auf das Parteiprogramm der SPD in welchem steht:

„Wir wollen, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Netto vom Brutto haben.

Wir sind die Partei der Mitte. Und als solche setzen wir uns auch dafür ein, dass die arbeitende Mitte der Gesellschaft mehr Netto vom Brutto erhalten soll. Das aktuelle Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der Einkommensteuertarif nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in Anspruch. Wir wollen die große Mehrheit der Einkommensteuerepflichtigen entlasten (etwa 95 Prozent) und dafür unter anderem Spitzeneinkommen und -vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen. Aufgrund von Steuerbürokratie geben viele Einkommensteuerepflichtige aktuell keine Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen Steuerbürokratie abbau-

en: Die vorausgefüllte Einkommensteuererklärung soll zum Standard werden.“

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Meiner Meinung nach hat Politik ganz klar die Aufgabe, faire Rahmenbedingungen zu schaffen. Es kann nicht sein, dass sich ein*e Busfahrer*in den Lebensunterhalt nicht mehr leisten kann, während Konzernchefs Millionen in der Stunde verdienen. Superreiche, die sich an unserer Gesellschaft bereichert haben, müssen endlich wie wir alle gerecht besteuert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind höhere Löhne. Der Mindestlohn muss auf 15 Euro die Stunde steigen und es darf keine Ausnahmen für Menschen mit Behinderungen geben.

Kein Mensch sollte in einem Land wie Deutschland in Armut leben. Maßnahmen, die Armut bekämpfen, wie die Kindergrundsicherung, müssen mehr finanzielle Mittel bekommen.

Dustin Hoffman (CDU):

Wir müssen darauf achten, was wir als arm bezeichnen. Vermögen an sich ist erstmal nichts Falsches und nichts Schlechtes. Was wir als Politik machen müssen, ist die Voraussetzungen und Möglichkeiten zu schaffen, dass man, auch wenn man aus einem einkommensschwachen Haushalt kommt, erfolgreich in diesem Land sein Leben bestreiten kann. Da haben wir viel zu viele Barrikaden, auch schon im Schulsystem. Der Wechsel von der Grundschule zum Gymnasium oder zur Realschule entscheidet gegebenenfalls schon fürs Leben. Da müssen wir ran, wir müssen aber auch auf jeden Fall gegen Steuermeidung vorgehen.

Das ist ein großes Problem bei den Superreichen. Das ist aber ein Problem, was man nur international lösen kann, denn unsere Gesetze wirken sich nur auf Deutschland aus. Vielleicht auch noch auf die EU, aber auf die Cayman Islands haben wir eben nur Einfluss, wenn man in Verhandlungen zwischen den Staats- und Regierungschefs Ergebnisse erzielt.

Wir brauchen mehr Aufsicht über die Banken. Alles, was die Finanzkrise 2009 ausgelöst hat oder die CumEx Skandale, ist ein absolutes No-Go und ich glaube, da müssen wir auf jeden Fall ran. Damit wäre schon viel Geld gewonnen, um ärmeren Menschen mit Förderprogrammen zu helfen und mehr Vermögen aufzubauen.

Michael Gleichman (AfD):

Das ist wahr, die soziale Spaltung nimmt immer mehr zu, weltweit, aber auch in Deutschland. Wir brauchen deshalb einen deutlich höheren Mindestlohn, eine Vermögensteuer und überhaupt Steuergerechtigkeit und nach dem belgischen Modell eine automatische Angleichung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen an die Inflation. All das hätte auch zur Folge, dass der Staat über genug Mittel verfügte, um in der Bildung Chancengleichheit herzustellen. Davon sind wir momentan leider sehr weit entfernt. Das verbaut Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern die Perspektiven und der Staat verzichtet auf das Talent und die Begabungen dieser Kinder. Beides dürfen wir uns nicht leisten. Es gibt in Deutschland 3 Millionen Kinder in Armut. Das ist ein Skandal.

Nachfrage: Elternhäuser haben vor allem bei der Bildung der Kinder einen unglaublichen Einfluss. Kinder aus Akademikerfamilien werden viel wahrscheinlicher auch Akademiker. Sehen Sie da ein Problem, dass eventuell gegen diese Chancengleichheit arbeitet?

Chancengleichheit ist ein Ziel, das man nie ganz erreichen wird. Aber ja, ich verstehe den Punkt. Es stellt sich jedoch die Frage, wie der Staat die Erziehung übernehmen kann, insbesondere bei Kindern aus sozial schwächeren Familien. Es wird fast schon eine philosophische Frage, wie weit der Staat in die Erziehung der Kinder eingreifen muss oder darf. Wir sind eigentlich eher dafür, dass die Familie sehr viel Freiheit in der Erziehung der Kinder genießen sollte.

Trotzdem muss es sichergestellt sein, dass die formellen Bildungswege allen offenstehen. Der Staat kann nicht die Erziehung der Kinder vollständig übernehmen, besonders wenn ein Kind aus einem prekären Elternhaus kommt und dort nicht Werte wie Leistungsbereitschaft oder ähnliches vermittelt bekommt. Das ist schwer durch den Staat zu kompensieren. Auch in den Schulen kann keine vollständige Erziehung im klassischen Sinne stattfinden. Schulen sollen in erster Linie Wissen vermitteln, weniger jedoch Erziehung im engeren Sinn.

Dennoch bleibt der Fokus auf der Chancengleichheit. Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben, ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben führen zu können.

Sternengucker: Das Ost-West-Gefälle besteht immer noch, auch 35 Jahre nach dem Mauerfall. Viele Politiker*innen machen den Eindruck, als ob für sie die Problematik abgeschlossen sei, wirtschaftlich und sozial besteht aber immer noch ein großer Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern. Was denken Sie, muss gegen diese Problematik unternommen werden?

Gregor Gysi (Die Linke):

Wenn man die Werte für Vermögen, Wohneigentum, Löhne und vieles mehr auf eine Landkarte überträgt, bekommt man den Eindruck, als ob die Mauer noch stünde. Damit werde ich mich niemals abfinden. Wir brauchen endlich gleiche Löhne für die gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit. Dann gäbe es später auch gleiche Renten für die gleiche Lebensleistung. Ein wichtiger Schritt, um das zu erreichen, wäre zum Beispiel, endlich Ostdeutsche an den Führungspositionen im Bund entsprechend dem Bevölkerungsanteil des Ostens zu beteiligen. Das ist eine Forderung des Grundgesetzes, die seit 35 Jahren unerfüllt bleibt.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Es ist ein Skandal, dass Menschen im Osten immer noch weniger verdienen. Dazu kommt, dass fast jede*r, der*die im Westen aufgewachsen ist, erbt, während es im Osten fast niemand tut. Aus diesem Grund ist eine faire Besteuerung nur gerecht. Themen, die im Osten relevant sind, müssen mehr politische Aufmerksamkeit bekommen. Außerdem braucht es mehr gegenseitiges Verständnis auf Augenhöhe.

Dustin Hoffman (CDU):

Ich führe eine Ost-West-Ehe und habe meine Frau aus Reinickendorf überzeugt, nach Treptow-Köpenick zu ziehen. Ich merke bis heute, dass unsere Sichten auf Lebensrealitäten teilweise unterschiedlich sind. Einfach, weil wir durch die Elternhäuser anders geprägt waren und sind. Wir sind anders aufgewachsen und es gibt gewisse Vorstellungen, die unterschiedlich sind. Ich glaube, wir müssen zwischen diesen Positionen Ost und West vermitteln und für die verschiedenen Vorstellungen ein Gefühl schaffen. Wenn ich mich mit Menschen aus dem Westen unterhalte, die haben teilweise keine Ahnung, wie es in Brandenburg aussieht. Es gibt Menschen, die bis heute aus Westdeutschland noch nicht einmal in den Osten gefahren sind. Für die

hat sich halt nach der Wende gar nichts geändert und für den Osten hat sich fast alles geändert. Diesen Mentalitätsunterschied, den nimmt man bis heute wahr. Eine Hilfe kann zum Beispiel sein, dass man auch Schüleraustausche zwischen Ost- und Westdeutschland etabliert, damit man aus seiner eigenen Bubble rauskommt. Treptow-Köpenick hat als Partnerstadt die Stadt Köln. Ich glaube nicht, dass irgendein Kölner darüber eine Ahnung hat, dass Treptow-Köpenick die Partnerstadt ist. Deutschland ist vielfältig und unterschiedlich. Die Bundesregierung muss sich zur Aufgabe machen, grundsätzlich Arbeitsplätze auch im Osten zu schaffen. Die Bundesregierung, auch die jetzige, hat sich beispielsweise vorgenommen, wenn sie neue Behörden gründet, diese ausschließlich in Ostdeutschland zu gründen, um Menschen dort vor Ort zu halten. Deswegen sind solche Ansiedlungen wie Tesla so wichtig. Wenn dort 10.000 relativ gut bezahlte Facharbeitsplätze entstehen, dann hängen da 40000 Menschen dran, ganze Familien und Wirtschaftszweige, die davon profitieren. Solche Leuchttürme brauchen wir, um die Strukturen zu stärken, und da braucht es glaube ich ein Strukturpaket Ostdeutschland auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung.

Michael Gleichman (AfD):

Im Prinzip handelt es sich hier um Strukturpolitik. Was die Renten betrifft, sind die Rentner im Osten immer noch etwas schlechter gestellt. Das liegt daran, dass sie weniger oder nicht in die Rentenkasse eingezahlt haben. Wir sind grundsätzlich dafür, dass Lebensleistung anerkannt werden muss, auch im Bereich der Renten.

Was die ländliche Entwicklung im Osten angeht, glaube ich, dass es dort Nachholbedarf gibt. Ich habe einmal einen interessanten Vorschlag von unserem Parteivorsitzenden Tino Chrupalla gehört. Er schlug vor, im Osten Sonderwirtschaftszonen einzurichten. Das finde ich durchaus interessant. Ich kenne dieses Konzept eigentlich nur aus Entwicklungsländern. Die Chinesen zum Beispiel haben das brillant umgesetzt. Das bedeutet nicht, dass ich die politische Führung dort lobe, aber sie haben es sehr klug gemacht. Sie haben Sonderwirtschaftszonen an der Küste geschaffen, wo die Investitionsbedingungen für Privatunternehmen und Kapitalgeber hervorragend waren. Ich glaube, Tino Chrupalla hatte dies mit Blick auf die Lausitz gemeint, dass wir auch dort ein solches Konzept ausprobieren könnten. Dadurch würde wieder Wertschöpfung dorthin gebracht und Kapital würde fließen, weil die Bedingungen dort oft besser sind als in anderen Teilen Deutschlands. Über den Markt könnte so Wertschöpfung in den Osten gebracht werden. Ich

fand den Ansatz sehr interessant, vor allem weil ich das Konzept aus den internationalen Beziehungen kenne und mir vorstellen könnte, dass es auch für den Osten Deutschlands funktionieren könnte.

Wirtschaftspolitik

Sternengucker: Inflation ist nicht zuletzt durch die Covid-19 Pandemie ein riesiges Problem in Deutschland geworden. Viele sprechen z.B. scherzhaft von einer „Dönerpreisbremse“, um die Auswirkungen der Inflation einzudämmen. Wie denken Sie, muss die deutsche Politik mit diesem Problem umgehen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Die Pandemie hat damit weniger zu tun, sondern eher die Lebensmittelkonzerne, die versuchen, zusätzliche Profite zu realisieren. Man nennt dies nicht umsonst Gierflation. Dagegen hülfe eine Preiskontrollbehörde im Wirtschaftsministerium. Und wie gesagt, wenn der Staat die Mehrwertsteuer bei Grundnahrungsmitteln auf Null senkte, entstünde dadurch ein anderes Preissignal – nicht mehr nach oben, sondern nach unten.

Dunja Wolff (SPD):

Zwei Punkte: Gerechte Löhne und Mehrwertsteuer auf Lebensmittel senken.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir müssen daran arbeiten, dass das Leben wieder bezahlbar wird. Nicht nur der Döner ist teurer geworden, auch andere Lebensmittel, die Miete samt Nebenkosten. Eine Dönerpreisbremse ist Symbolpolitik und nur Symptombekämpfung. Wir brauchen höhere Löhne und bezahlbare Mieten. Außerdem müssen wir zum Beispiel raus aus fossilen Energien, die nur Übergewinne für Superreiche generieren.

Dustin Hoffman (CDU):

Ich glaube, wir sind trotz der mannigfaltigen Krisen, das muss man auch der Vorgängerregierung jetzt zugutehalten, mit Blick auf die Inflation recht gut durch die Corona- und die Ukraine Krise gekommen. Solche unvorhergesehenen Dinge haben immer Auswirkungen. Ein Vorschlag, den die Union hat, um Preise in einem vernünftigen Maß zu halten, ist beispielsweise, den Mehrwertsteuersatz bei der Gastronomie von 19% auf 7% zu senken. Es gibt eine Vielzahl von Menschen, die darüber klagen, wie teuer es geworden ist, essen zu gehen. Weil Energiepreise so stark gestiegen sind, weil Einkaufs-

preise gerade bei Lebensmitteln durch die Inflation enorm gestiegen sind. Auch die Lohnentwicklungen, die gut und richtig sind, haben durch die Erhöhung des Mindestlohns dazu beigetragen. Als grundsätzliche Sache ist das Essen gehen echt teuer geworden, und da muss man mit zielgerichtet steuerliche Maßnahmen Veränderung schaffen. Ein anderer Vorschlag der Union ist, dass wir die Netzentgelte senken und die CO2 Bepreisung erhöhen, so dass der tatsächliche Stromverbrauch aus der Steckdose günstiger wird. Aber dann, wenn man etwas klimaintensives betreibt, macht, fährt, muss man mehr zur Kasse gebeten werden. Da muss man steuerlich dran arbeiten.

Michael Gleichman (AfD):

Auch hier sind wir wieder bei der Energiewende, weil die Energiekosten ein großer Teil der Belastung sind – nicht nur für Haushalte, sondern auch für Unternehmen. Die Preise werden maßgeblich durch die steigenden Energiekosten getrieben, ebenso wie durch Wertschöpfungsketten, die während der COVID-19-Pandemie gestört wurden. Auch in diesem Zusammenhang muss man sagen, dass es einen Angebotsschock gab, der dazu geführt hat, dass die Preise gestiegen sind. Aber auch die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) sollte hinterfragt werden. Wir haben in den letzten 15 bis 20 Jahren ein Geldmengenwachstum erlebt, das nicht mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen Schritt gehalten hat. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen bleibt gleich, während die Geldmenge ausgeweitet wird, und das führt klassischerweise zu Inflation.

Wir haben die Inflation bislang nicht so stark bemerkt, weil sie sich eher in den Aktienmärkten und Immobilienmärkten, also in den Vermögenswerten, versteckt hat. Die EZB-Politik, die maßgeblich dazu diente, die südlichen EU-Staaten zu stützen, spielte dabei eine Rolle. Diese Politik, die als Offenmarktpolitik bezeichnet wird, beinhaltete die Ausweitung der Geldmenge. Aber es ist vor allem auch die Energiepolitik, die zu dieser massiven Inflation beigetragen hat.

Jetzt sehen wir im Prinzip wieder sinkende Inflationsraten, weil unsere Wirtschaft sich in einer Rezession befindet, und in einer Rezession sinken die Preise traditionell. Es ist ein komplexes Thema, aber wir geben uns nicht damit zufrieden, einfach zu sagen, dass Putin oder COVID-19 die Ursache sind. Das stimmt nicht. Es gibt strukturelle Gründe, und einer davon ist die EZB-Politik, der andere die Energiewende.

Sternengucker: Wie stehen Sie der Schuldenbremse gegenüber? Wenn Sie ihr zustimmen, in welchen Bereichen könnten solche finanziellen Abschnitte anfallen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Ich halte die Schuldenbremse vor allem für eine Investitionsbremse und finde, dass sie, wenn schon nicht abgeschafft, dann dringend reformiert werden müsste. Für laufende Ausgaben dürfen keine Schulden aufgenommen werden. Wenn der Staat aber Schulden aufnimmt, um Brücken zu sanieren, die Energiewende voranzubringen, Schulen modern auszustatten oder bezahlbare Wohnungen zu bauen, werden damit Werte geschaffen, von denen nachfolgende Generationen etwas haben. Was nützt es ihnen, wenn man eine imaginäre Schuldenquote einhält und dafür die öffentliche Infrastruktur zerbröseln lässt.

Dunja Wolff (SPD):

Frau Wolff verweist auf das Parteiprogramm der SPD in welchem steht:

„Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres Landes dient. [...] Dies erfordert einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen. Wir wollen, dass bei der Modernisierung unserer Infrastruktur alle gemeinsam anpacken. Wir müssen in das Morgen, Übermorgen und auch in das Überübermorgen investieren. [...]

Wir möchten die Finanzierung von wichtigen Zukunftsinvestitionen auf allen Ebenen des Staates sicherstellen. Denn wir wollen verhindern, dass kommenden Generationen „Investitionsschulden“ vererbt werden, etwa ein sanierungsbedürftiges Schienennetz der Bahn, veraltete Schulgebäude oder abgewanderte Arbeitsplätze. Für die Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt. Auch kommende Generationen übernehmen einen angemessenen Teil der Rückzahlung, denn diese Investitionen sollen sowohl den heutigen als auch den künftigen Wohlstand sichern und steigern. [...]

Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den Wohlstand nicht behindert werden. Nur so wird das gute Leben auch kommender Generationen möglich. [...] Wir müssen zum Bei-

spiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozialökologischen und digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagendeshalb einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel, um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus diesen Steuern zusteht.“

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Ich bin für die Abschaffung. Die Schuldenbremse hemmt uns, wichtige Investitionen für eine lebenswerte Zukunft zu tätigen. Wir junge Menschen leiden darunter, wenn alles kaputt gekürzt wird. In der Partei gab es eine große Diskussion und schlussendlich wurde sich knapp dafür entschieden sie zu reformieren, weil so auch Steuererleichterungen beschränkt werden.

Dustin Hoffman (CDU):

Ganz klare Antwort: An der Schuldenbremse ist grundsätzlich nicht zu rütteln. Gerade mit Blick auf die junge Generation. Denn Schulden, die wir heute machen, sind die Kosten der nächsten Generation. Unter der Führung von Angela Merkel haben wir eine hervorragende Gesamtschuldenentwicklung gehabt, die es uns jetzt in der Not, während der Coronazeit, überhaupt möglich gemacht hat, so viele Schulden zu machen. Wenn man nicht über die Staatsfinanzen wacht, kann man ins Bedrängnis kommen, wie es in Griechenland beispielsweise passiert ist oder wie die Staatsschulden aktuell in Frankreich aussehen. Da ist der Spielraum, neue Schulden zu machen, wenn es wirklich Not tut, tatsächlich begrenzt. Davor möchte ich uns und auch die junge Generation bewahren. Für investive Maßnahmen, die notwendig sind, z. B. wenn wir in die Bahn investieren müssen, wenn wir in Brücken investieren müssen, dann kann man darüber reden, die Schuldenbremse gerade und besonders für die Bundesländer zu verändern. Der Bund darf grundsätzlich 0,35% des Gesamthaushaltes Schulden machen. Das sind 12 Milliarden, die dieses Jahr sowieso schon gemacht werden. Insgesamt werden dieses Jahr auch 50 Milliarden als Schulden gemacht, weil unsere

Wirtschaft nicht brummt. Es gibt eine Komponente in der Schuldenkrise für den Bund. Wenn die Wirtschaft nicht ihren Beitrag leistet, kann man dann zusätzliche Schulden aufnehmen. Von einem Gesamtvolumen von 480 Milliarden Euro sind 50 Milliarden Euro Schulden. Das halte ich für einen sehr großen Betrag.

Aber die Bundesländer dürfen gar keine Schulden machen und das ist für Berlin durchaus ein Problem. Die Landesregierung musste dramatisch sparen und den Haushalt von 43 Milliarden auf etwa 40 Milliarden kürzen. Da wird es dann schon schwierig, noch Investitionen auch in die Zukunft zu machen.

Eine Brückensanierung kann ich mir nicht sparen als Staat, wie man jetzt in Dresden sieht, nur weil man keine Schulden machen kann. Deswegen kann man für investive Maßnahmen der Länder von der Schuldenbremse absehen. Beim Bund sage ich, wenn wir 480 Milliarden Euro Haushalt haben und davon 50 Milliarden Euro Schulden machen, dann haben wir da ein Ausgabenproblem. Dafür würde ich niemals Schulden machen.

Michael Gleichman (AfD):

Also, wir glauben, dass es nicht notwendig ist, die Schuldenbremse auszusetzen. Wir wollen einen Kassensturz der öffentlichen Finanzen, also eine Generalinventur, weil der Staat kein Einnahmenproblem hat, sondern ein Ausgabenproblem. Die Regierung oder die Regierungen setzen keine Prioritäten. Wir glauben, dass die Schuldenbremse grundsätzlich sinnvoll ist, weil sie den verantwortlichen Politikern Grenzen setzt, um sich nicht auf Kosten zukünftiger Generationen zu verschulden.

Man darf nicht vergessen, was allein die Zinszahlungen in den USA schon mit dem Haushalt machen – das ist Wahnsinn. Es ist wirklich Wahnsinn. Und deswegen ist es eigentlich gut, und das weiß man ja auch aus den Privathaushalten, wenn man mit seinen Ausgaben haushaltet und nicht über seine Verhältnisse lebt.

Die Schuldenbremse bedeutet ja nicht, dass man gar keine Schulden aufnehmen darf. Es sind, glaube ich, 0,25 % Verschuldung pro Jahr erlaubt. Unser Ansatz ist, die Haushalte zu konsolidieren und zu priorisieren. In drei Bereichen kann man sehr viel Geld einsparen: Klimaschutz, Migration und die EU. Das sind die drei Bereiche, in denen wir – ich sage es mal so – glaube, dass man 100 Milliarden Euro pro Jahr in den Bundes-, Länder- und Kommunalhaushalten einsparen könnte. Dieses Geld könnte dann für Investitionen in das Bildungssystem, Forschung, Technologie, Infrastruktur und

auch für Steuerentlastung genutzt werden.

Das Schlüsselwort ist dabei Priorisierung. Man muss priorisieren. Jeder Euro an Steuern, der den Menschen weggenommen wird, kann nur einmal ausgegeben werden. Also, Konsolidierung der Haushalte – deshalb muss die Schuldenbremse beibehalten werden.

Gesellschaftliches

Sternengucker: Denken Sie, dem Staat sollte es erlaubt sein, in die Entscheidung Einzelner über ihr Leben, vor allem über mögliche Schwangerschaftsabbrüche, einzugreifen und diese eventuell sogar zu verbieten?

Gregor Gysi (Die Linke):

Beim Schwangerschaftsabbruch finde ich das falsch. Sterbehilfe muss nach eingehender Beratung erlaubt sein.

Dunja Wolff (SPD):

Mein Körper, meine Entscheidung!

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Ganz klar nein. Dass man Frauen und Menschen, die schwanger werden können, nicht zutraut die Entscheidung zu treffen, ob man ein Kind will oder nicht, aber ein Kind groß zu ziehen, macht für mich keinen Sinn. Es gibt verschiedene Gründe ein für einen Schwangerschaftsabbruch. Niemand macht sich die Entscheidung leicht. Dass man im Zweifel gezwungen wird, ein Kind auszutragen, das man nicht will, geht nicht. Keine Verhütung der Welt ist hundert Prozent sicher. Der § 218 gehört endlich aus dem Strafgesetzbuch! Ich setze mich für eine gute Aufklärung und Unterstützung für alle Frauen und Menschen, die schwanger werden können, ein.

Dustin Hoffman (CDU):

Das ist ein sehr dezidiertes Thema. Ich finde es sehr schwierig, dass das Teil des Wahlkampfes ist, weil es am Ende aus meiner Sicht eine Gewissensentscheidung eines jeden Bundestagsabgeordneten ist. Für solche wichtigen Entscheidungen wird auch der Fraktionszwang aufgehoben. Dann ist ein Bundestagsabgeordneter erstens seinem Gewissen verpflichtet und zweitens ist er Vertreter aller Deutschen im Bundesgebiet. Es gibt Argumente, warum die Abtreibung bisher strafbar war, weil uns auch die Verfassung vorschreibt, dass wir das Leben, auch das ungeborene Leben, zu schützen haben. Ich bin aber auch selbstverständlich der Meinung, dass die Frau über ihren Körper selbstbestimmt zu entscheiden hat. Ich halte es für wichtig, dass es Beratungen gibt. Auch die Komponente, dass die Beratung mit dem Ziel geführt wird, die jeweilige Frau natürlich über die Risiken aufzuklären,

ihre Ängste zu nehmen und für das Behalten des Kindes zu werben. Das ist der Ansatz, der heute in der Beratung dahintersteckt. Das ist eine Position, die ich als junger Mensch innerhalb der Union annehme. Ich glaube, die Straffälligkeit in dieser Form, wie sie jetzt immer noch im Gesetz steht, ist nicht mehr zeitgemäß. Zuallererst, das würde ich unterstreichen, haben Männer mal die Klappe zu halten und in erster Linie zuzuhören. Die Hauptlast liegt, gerade am Anfang und während der Schwangerschaft, bei der Frau und deswegen sollten Männer da zuallererst mal zuhören. Danach reden wir über das rechtliche und danach ist jeder Abgeordnete in dieser Frage seinem Gewissen verantwortlich.

Michael Gleichman (AfD):

Also, wir wollen die derzeitige Regelung beibehalten. Wir gehen hier anders an das Thema heran als die anderen Parteien. Die Wertschätzung des Lebens an sich ist uns wichtig, und wir sind uns bewusst, dass es sich um ein sehr, sehr sensibles Thema handelt. Wir sind eine freiheitliche Partei und wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Andererseits gibt es jedes Jahr, glaube ich, etwa 100.000 Abtreibungen. Und das sage ich auch aus meiner christlichen Erziehung heraus.

Diese Menschen, die abgetrieben wurden, können heute nicht mehr gefragt werden. Niemand, der abgetrieben wurde, kann auf der Straße für Abtreibung protestieren – diese Menschen existieren einfach nicht mehr. Es ist ein sehr, sehr ethisch schwieriges Thema aus meiner Sicht. Ich hoffe, dass wir uns alle darauf einigen können, dass Abtreibung nichts Schönes ist. Es ist immer eine individuelle und dramatische Situation. Die Frauen machen sich das nicht leicht.

Wir wollen Angebote schaffen, damit sich Frauen häufiger für das Leben ihrer Kinder entscheiden. Aber wir wollen auch keine Verschärfung der Regelungen, auch wenn das in den Medien vielleicht anders dargestellt wurde. Wir möchten einfach nur eine Beibehaltung der aktuellen Regelung und werben dafür, sensibel mit dem Thema umzugehen, auch im Sinne der ungeborenen Kinder, die abgetrieben werden. Diese Kinder haben, glaube ich, kaum eine Lobby.

Wir fühlen uns auch verantwortlich gegenüber denen, die nicht geboren werden und die keine Stimme haben.

Sternengucker: Vor allem in den letzten Jahren ist die politische Spaltung immer größer geworden. Menschen mit extremen Meinungen sind immer weniger in der Lage miteinander zu debattieren und Ergebnisse zu diskutieren. Sehen Sie sich als Politiker*in in der Verantwortung, etwas dagegen zu unternehmen und für einen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu sorgen? Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen?

Gregor Gysi (Die Linke):

Das ist in der Tat ein Problem. Politikerinnen und Politiker sollten da vor allem eine Vorbildrolle übernehmen und zeigen, wie man ernsthaft in der Sache diskutieren und Lösungen suchen kann, ohne permanent andere zu diskreditieren. Ich fürchte aber, dass mit dem Wahlerfolg von Donald Trump dessen Methoden auch in Deutschland zunehmend Eingang in den Wahlkampf finden. Lügen, Halbwahrheiten, Beleidigungen zerstören den Diskurs. Ein Zusammenhalt der Gesellschaft wird nur zu erreichen sein, wenn man die soziale Spaltung minimiert und den vom Mainstream abweichenden Meinungen auch Raum zur Artikulation gegeben wird. Diese wiederum müssen akzeptieren, dass ihre Positionen dann auch Widerworte erfahren.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir alle haben eine Verantwortung für ein gutes Miteinander. Ich versuche in meinem Engagement immer wieder aktiv mit Menschen mit anderen Perspektiven ins Gespräch zu kommen und mache sehr gute Erfahrungen damit. Obwohl Klimaaktivist*innen und Beschäftigte des Nahverkehrs naheliegende Verbündete sind, waren die ersten Gespräche geprägt von harten Diskussionen. Doch es hat in der Regel ein Gespräch gebraucht und viele der Beschäftigten und wir Klimaaktivist*innen waren Verbündete. Deshalb denke ich, dass Austausch und Teilnehmungsformate, bei denen Menschen sich auf Augenhöhe begegnen, sehr wichtig sind. Es braucht dafür aber gegenseitiges Verständnis und den Willen zuzuhören und von anderen Personen zu lernen. Die AfD vergiftet den Diskurs, so dass Menschen nicht mehr sicher sind. Dem müssen wir uns als Gesellschaft gemeinsam entgegenstellen.

Dustin Hoffman (CDU):

Also meine Erfahrung ist, dass Politik reden, reden, reden muss. Dazu gehört auch das Interview mit eurer Schülerzeitung. Alle Wahlergebnisse zeigen, als

Einzelpersonen sind diejenigen stark, die Präsenz zeigen, die ansprechbar sind, die zuhören und auch diskutieren. Die haben größeren Erfolg als ihre Mitbewerber. Ich als Politiker möchte, dass die Menschen mir zuhören, und das schaffe ich dadurch, dass ich mich erkläre und dass ich auch dann eine andere Meinung anerkenne. Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt der Meinungen und wir müssen wirklich reden, reden.

Das gilt nicht nur für Politiker, sondern auch in der Gesellschaft. Man muss auch wieder in der Familie miteinander diskutieren können. Ich glaube, uns geht gesamtgesellschaftlich ein bisschen das Zuhören verloren und die Akzeptanz für eine andere Position.

Michael Gleichman (AfD):

Also, zwei Dinge fallen mir dazu ein. Zum einen glaube ich, dass für jede Demokratie die Meinungsfreiheit absolut notwendig ist. Das ist ein Kernbestandteil der Demokratie. Und in den vergangenen Jahren haben wir im Zuge der Cancel Culture und politischer Korrektheit – das ist unsere Überzeugung – eine Einschränkung der Meinungsfreiheit erlebt. Ich bin persönlich auch der Überzeugung, und meine Partei teilt das, dass man auch Politiker als „Schwachkopf“ bezeichnen darf, ohne dafür eine Hausdurchsuchung zu riskieren.

Wir sind auch in den sozialen Netzwerken dafür, dass der völlig unklare Begriff „Hass und Hetze“ nicht der willkürlichen Beurteilung einzelner Menschen überlassen werden sollte, die darüber entscheiden, was veröffentlicht werden darf oder nicht. Wir stellen uns die sozialen Medien wie einen Marktplatz vor. Dort gibt es verschiedene Stände, und man kann hingehen und entscheiden, was einem gefällt oder was zu hart ist. Wenn es allerdings um strafbare Inhalte geht, ist es klar, dass diese verfolgt werden müssen. Solche Inhalte sind jedoch im Strafrecht eindeutig geregelt. Wenn ich jemanden beleidige, ihn herabwürdige, verleumde oder Lügen über ihn verbreite, ist das bereits strafbar – und das gilt auch in den sozialen Netzwerken.

Was die Debattenkultur insgesamt angeht, ist das in der Tat ein Problem. Ich glaube, dass die Polarisierung tatsächlich durch die Einschränkung der Meinungsfreiheit entstanden ist. Viele Menschen fühlen sich so eingeschränkt, dass sie laut einer Umfrage von Allensbach – zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik – sagen, dass sie ihre Meinung nicht mehr frei äußern wollen oder können, weil sie Nachteile befürchten. Das ist ein Riesenproblem.

Und wie wir wieder zusammenkommen können, ist eine schwierige Frage. Als Patriot sage ich: Was uns alle eint, ist, dass wir Deutsche sind, dass wir deutsche Staatsbürger sind, und wir müssen miteinander auskommen. Auch wenn wir sehr unterschiedlich sind, teilen wir ein gemeinsames Schicksal. Ich würde mir wünschen, dass dies auch durch Vorbilder in der Politik vorgelebt wird.

Was mir allerdings sehr weh tat, war eine Äußerung unseres Bundespräsidenten, der einen Teil der Bevölkerung als „Rattenfänger“ bezeichnete. Auch wenn er es vielleicht anders gemeint hat, bedeutet das, dass er suggeriert, diese Menschen seien zu dumm oder böse, um ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. So schiebt man Menschen weg und sagt, sie gehören eigentlich nicht dazu. Das ist nicht der richtige Weg, und auch das muss vorgelebt werden – vor allem von der Politik.

Ehrlich gesagt, und das wird euch nicht überraschen, finde ich die übelste Beleidigung, jemanden als Nationalsozialisten zu bezeichnen. Das bedeutet im Prinzip, dass man diese Person zum Abschuss freigibt. Ich weiß nicht, ob ihr das in der Schule hattet, aber wir hatten diese philosophische Frage: „Hätte man Hitler töten dürfen?“ Es ist ethisch nicht gerechtfertigt, jemanden zu töten, aber um das zu verhindern, was später hätte kommen können. Wenn man jungen Leuten heute sagt, dass die Wiederkehr Hitlers droht und dass jemand ein Nationalsozialist ist, dann stelle ich mich quasi in eine Reihe mit Heinrich Himmler oder Joseph Goebbels. In diesem Kontext kann ich nachvollziehen, dass Menschen sagen: „Das war doch schon mal so, sie haben solche schrecklichen Dinge getan.“ In diesem Fall erscheint Gewalt vielleicht sogar legitim, weil, wenn man Hitler getötet hätte, viele Millionen Menschenleben hätten gerettet werden können.

Deswegen sehe ich die Politik – und damit meine ich vor allem die Regierungsverantwortlichen – in der Pflicht, hier Verantwortung zu übernehmen.

Sternengucker: In vielen europäischen Ländern feierten rechts ausgerichtete Parteien (z.B. AfD, Rassemblement National, ...) einen starken Wähler*innenzuwachs. Sehen Sie diesen Prozess als potenziell problematisch und welche Faktoren denken Sie, haben einen Einfluss darauf? Falls ja, wie sollte eine stabile Demokratie gegen solch eine Gefahr vorgehen, ohne die grundlegenden Rechte ihrer Bewohner einzuschränken?

Gregor Gysi (Die Linke):

Die Zunahme an Wählerstimmen für rechtsextreme Parteien in Europa ist ein Problem und findet ihre Ursache auch in der sozial spaltenden Wirtschaftspolitik und der falschen Übernahme der Narrative der Rechtsextremisten durch die Parteien der demokratischen Mitte. Deshalb ist immer häufiger die Rede davon, dass wir eine antifaschistische Wirtschaftspolitik brauchen. Leider gibt es bisher keine Verständigung der demokratischen Parteien darüber, was sie selbst verändern müssten. Es wird immer nur mit dem Finger auf andere gezeigt. Natürlich muss der Staat dort eingreifen, wo Gesetze gebrochen werden. Aber wenn rund 600 Haftbefehle gegen Rechtsradikale nicht vollstreckt werden, ist das ein Armutszeugnis.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Menschen müssen wieder spüren, welche Vorteile eine Demokratie für sie haben. Deshalb brauchen wir eine gute Sozialpolitik, die das Leben bezahlbar macht und Freizeit mit Familie, Freunde und für soziales Engagement ermöglicht.

Außerdem brauchen wir eine bessere Demokratiebildung für alle. Denn es fehlt oft an Wissen, wie man sich einbringen kann.

Politiker*innen müssen wieder mehr Kontakt zum realen Leben und zu den Menschen haben, für und mit denen sie Politik machen. So kann auch wieder Vertrauen aufgebaut werden. Ich finde es wichtig, dass wir darüber diskutieren, wie wir unsere Demokratie wieder so umbauen können, dass sie ein besseres Leben für uns schafft, nicht nur für Superreiche. Dafür wäre zum Beispiel eine Amtszeitbeschränkung für den Bundestag sowie ein Lobbyregister für mehr Transparenz, wer Politiker*innen berät, sinnvoll.

Auch die Stärkung von Nachbarschaftsangeboten, die gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, ist ein wichtiger Baustein.

Dustin Hoffman (CDU):

Ich halte das für problematisch, gar keine Frage. Ich glaube tatsächlich, dass häufig es nicht unmittelbar so ist, dass wir allzu viele Wähler zum Beispiel an die AfD verlieren, sondern ich glaube, und es zeigt sich auch in manchen Wählerwanderungen, gerade die frühen Erfolge der AfD haben sich aus nicht Wählern gespeist. Wir haben bis heute 25% der Menschen, die gar nicht wählen gehen. Das ist mir völlig unerklärlich. Niemand muss CDU wählen, aber jeder sollte überhaupt wählen gehen. Populistischen Parteien,

ob nun von rechts oder links, wobei man die niemals gleichsetzen darf, rechts ist problematischer als links, sind nicht die Mehrheit, sondern sie sind eine laute Minderheit.

Gesamtgesellschaftlich sollten wir nicht den Fehler machen, als Parteien der Mitte den Rändern hinterherzulaufen mit ihren Positionen, weil ich glaube, diese Demokratie ist stark genug, als dass sie es auch aushält, von extremen Meinungen umgeben zu sein. Wir müssen das aushalten, denn diese Meinungen und Strömungen gab es schon immer. Aber man muss auch Probleme klar benennen. Wir, als Parteien der Mitte, haben dies jahrelang nicht gut genug getan, ehrlich darüber zu reden, dass selbstverständlich Migration eine große Herausforderung ist und Wachstumsschmerzen mit sich bringt. Bei der Migration war der Satz „Wir schaffen das“ richtig, weil diese Gesellschaft das leisten kann. Man hätte aber auch hinterher sagen können, das wird aber auch weh tun. Es wird Arbeit bedeuten für alle. Es gibt eben Probleme, die man benennen muss und wo man auch Maßnahmen zu treffen muss. Da darf es keine Sprechverbote geben.

Sternengucker: Es gibt einige Landesverbände der AfD, die vom Verfassungsschutz als rechtsextreme Verdachtsfälle eingestuft werden. Wie würden Sie dazu stehen und wie sehen Sie die AfD in der deutschen Parteienlandschaft?

Michael Gleichman (AfD):

Also, von wem wird das entschieden? Vom Verfassungsschutz? Ja, was ist der Verfassungsschutz? Eine Exekutivbehörde, die Teil der Regierung ist. Sie ist entweder direkt Teil der Innenministerien oder diesen weisungsgebunden. Deswegen ist es keine unabhängige Behörde. Wir haben im Grundgesetz eine klare Regelung: Artikel 21 Absatz 4 besagt, dass über die Verfassungswidrigkeit einer Partei das Bundesverfassungsgericht entscheidet. Es ist nicht die Aufgabe der Regierung, einen politischen Mitbewerber zu bewerten. Der Verfassungsschutz ist schon eine merkwürdige Konstruktion, weil es eine Behörde ist, die es so in anderen westlichen Demokratien nicht gibt. Man hat einen Inlandsgeheimdienst, der Wahlempfehlungen abgibt – das ist untypisch für eine freiheitliche Demokratie.

Ich glaube, die Bürger brauchen das auch nicht. In Thüringen sehen wir, dass diese Einstufung politisch motiviert ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass es eine politische Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes gegen einen

politischen Mitbewerber ist. Wenn es wirklich darum ginge, das sage ich auch immer den anderen Parteien: Wo ist der Verbotsantrag? Unterschreibt ihn, lasst es prüfen. So sieht der Gang aus. Das sagt auch unser Grundgesetz vor. Der Antrag ist jedoch noch immer nicht eingegangen. Die Erklärung der anderen Parteien ist, dass sie wissen, dass wir nicht extremistisch sind. Deswegen machen sie es nicht. Sie wissen, dass ein Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht krachend scheitern würde.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, ist die Neue Institutionenökonomik. Diese besagt im Wesentlichen, dass die Spielregeln einer Gesellschaft die Voraussetzungen für Wohlstand oder andere Dinge definieren. Mit „Institutionen“ sind sowohl niedergeschriebene Regeln wie das Strafgesetzbuch, das Bürgerliche Gesetzbuch und das Grundgesetz gemeint, aber auch soziale Normen wie Anstand und respektvolles Miteinander. Diese Institutionen werden meiner Ansicht nach systematisch zerstört, weil die Spielregeln des freien politischen Wettbewerbs durch die Exekutive eingeschränkt werden – und maßgeblich durch den Verfassungsschutz, aber auch durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Im Kern ist es so, dass wir bei einem Spiel wie Monopoly, bei dem der eine Spieler über Los geht und 4.000 € erhält, während der andere benachteiligt wird, einen massiven Eingriff in den freien Wettbewerb erleben. Uns wird durch die Einstufung durch den Verfassungsschutz nicht nur der Nachwuchs entzogen, sondern wir bekommen auch einen Stempel aufgedrückt: „Ihr seid rechtsextrem.“ Beamte, die Mitglied bei uns sind, kommen unter Druck – zum Beispiel Sportschützen, Bundeswehrsoldaten oder Polizisten. Und diese Leute müssen dann eine persönliche Entscheidung treffen, ob sie sich politisch engagieren wollen oder nicht. Durch die Einstufung wird uns jedoch nicht nur Nachwuchs entzogen, sondern wir bekommen auch dieses politische Etikett.

Als Politikwissenschaftler sage ich, dass der Extremismusbegriff heutzutage nahezu sinnentleert ist. Der klassische Extremismusbegriff bedeutete organisierte, gewalttätige Bestrebungen zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO). Man kann viel über die AfD sagen, aber wo ist die Gewalt bei uns? Wenn keine Gewalt vorliegt, kann man das auch nicht als extremistisch bezeichnen. Ein letzter Punkt: Ich halte uns nicht für radikal, aber einige unserer Forderungen sind radikal. Der Verfassungsschutz selbst stellt in seinem Glossar zu Extremismus und Radikalismus fest, dass radikale Meinungsäußerungen in einer pluralistischen Gesellschaft ihren legitimen Platz haben. Das Beispiel, das sie anführen, ist radikale

Kapitalismuskritik, die vollkommen durch die Meinungsfreiheit gedeckt ist. Also, wir sind nicht radikal, aber selbst nach deren Definition wäre es in Ordnung, radikal zu sein. Heutzutage wird jedoch alles, was von der Mehrheit abweicht, als extrem oder problematisch bezeichnet – auch wenn es sich nur um eine Beschreibung von Tatsachen handelt. Es wird alles auf den Artikel 1 des Grundgesetzes fokussiert: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dabei geht es häufig um vermeintliche Herabwürdigung von Menschen, was wir nicht akzeptieren. Wir können jedoch nichts dagegen tun, wenn der Verfassungsschutz uns politisch instrumentalisiert und uns dieses Label aufdrückt. Daher frage ich: Wo ist der Verbotsantrag? Lasst das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden – das ist der einzige Weg, wie die Verfassungswidrigkeit einer Partei geprüft werden kann.

Sternengucker: Wie sehen Sie die globale Rolle Deutschlands in der Zukunft, gerade im Verhältnis zu Supermächten wie den USA, Russland oder China?

Gregor Gysi (Die Linke):

Deutschland sollte eine internationale Vermittlerrolle einnehmen, die unserem geostrategischen Platz, unserer Geschichte und unserer wirtschaftlichen Position am besten entspreche.

Dunja Wolff (SPD):

Deutschland sollte aus seiner Vergangenheit gelernt haben. Unser Grundgesetz setzt den Maßstab und Kurs. Die Freiheit und die Demokratie sind für mich das höchste Gut, sie brauchen Stabilität. Auch in stürmischen Zeiten. Den Stürmen von Rechts mit voller Kraft und geschickter Kurssetzung dem Umkehren zu widerstehen, bedarf einer starken Crew. Schräglagen sind nicht schlimm, wenn das Boot einen stabilen und guten Kiel hat, eine gute Crew und Verantwortungsbewusste Lenkung. Für mich gehört die AFD verboten und ich bin auch dafür.

Deutschland ist ein starkes Land. Die Arbeitslosigkeit war nie so gering, die Steuereinnahmen sind groß und die Menschen sehr hilfsbereit. Das freiwillige Engagement ist enorm. Allein in Berlin sind es über 1 Million Engagierte! Das halte ich für einen großen Schatz und - unterschätzt.

Supermächte ohne Menschlichkeit ist für mich keine Supermacht.

Annka Esser (Bündnis 90/Die Grünen):

Demokratien in Europa müssen besser zusammenarbeiten, um sich gegen Diktatoren und Aggressoren zu schützen. Menschenrechte wie das Asylrecht dürfen nicht aufgegeben und verletzt werden.

Deutschland und die EU sollen sich möglichst unabhängig von den USA, Russland oder China machen. Das bedeutet zum Beispiel, sichere und saubere Energie auszubauen und kein Frackinggas aus den USA oder aus Russland zu importieren.

Außerdem soll Deutschland nicht an der Aufrechterhaltung von kolonialen Strukturen festhalten und seine koloniale Geschichte zum Beispiel in Namibia endlich aufarbeiten.

Dustin Hoffman (CDU):

Unsere Geschichte ist uns bis heute Auftrag und Verpflichtung. Ich glaube, es gibt wenige Länder wie Deutschland, die mit der Geschichte der Shoah den gesellschaftlichen Auftrag haben, auf der Weltbühne als Vermittler aufzutreten und gewisse Positionen einzunehmen. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsraison. Zu diesem Satz stehen wir auch bis heute. Trotzdem muss man auch darüber reden, wie dieser Gaza Krieg geführt wird. Kritik an Israel muss erlaubt sein, aber man darf den Staat Israel nicht infrage stellen. Deutschland wird niemals eine führende politische militärische Macht werden im globalen Kontext. Wir werden immer, und es ist eine Grundfeste meiner Partei und von mir, im europäischen Kontext eingebettet sein und niemals Alleingänge machen. Deutschland sollte Innovationstreiber sein, sollte seinen Beitrag als Industrie Nation zur Lösung der weltweiten Probleme als Vermittler leisten. Die wirtschaftliche Stärke, die wir haben, sollten wir zum Wohle der Welt in Bezug auf Klimaschutz, Politik, Krieg und Frieden entsprechend einsetzen.

Michael Gleichman (AfD):

Die AfD steht für eine konsequente Realpolitik im nationalen Interesse, im Gegensatz zu einer wertebundenen Außenpolitik. Nehmen wir zum Beispiel Ägypten. Wir wollen das Völkerrecht achten, insbesondere das völkerrechtlich verbrieft Gebot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten

anderer Länder ein, und wir verbitten uns auch die Einmischung von außen in unsere Angelegenheiten.

Realpolitik bedeutet, dass wir die realen Umstände und das internationale System betrachten und unsere nationalen Interessen strategisch klug verfolgen. Ein Beispiel hierfür ist der Ukrainekrieg: Aus realpolitischer Sicht ist dieser Krieg nachteilig für Deutschland, aber auch für die Ukraine. Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist nicht, wie die Situation sein sollte, sondern wie sie tatsächlich ist. Realpolitik würde sofort einen Waffenstillstand anstreben, bei dem beide Seiten verhandeln, um eine Lösung zu finden.

In der Energiepolitik verfolgen wir ebenfalls eine pragmatische Linie. Wir sind dafür, dass irgendwann wieder normale Wirtschaftsbeziehungen mit der Russischen Föderation aufgenommen werden, weil wir ein Interesse an günstigen Energiequellen, insbesondere Erdgas, haben. Das liegt in unserem nationalen Interesse, denn wir brauchen eine günstige Energieversorgung.

Die wertegebundene Außenpolitik der letzten 20 Jahre war aus unserer Sicht katastrophal. Sie hat nicht nur Deutschland geschadet, sondern auch den betroffenen Ländern. Im Nahen Osten, zum Beispiel in Afghanistan und Irak, wurde versucht, Demokratie aufzubauen. Doch die Ergebnisse waren verheerend: Millionen Tote, und die Situation ist heute nicht besser als zuvor. Eine Realpolitik hätte diesen Kurs vermutlich nicht eingeschlagen und sich stärker auf die eigenen nationalen Interessen konzentriert. Zwar wünschen wir uns, dass es allen Menschen gut geht und sie in Rechtsstaaten und Demokratien leben, aber wir wissen, dass wir das nicht überall auf der Welt erzwingen können. Deswegen setzen wir uns in erster Linie für das Wohl unserer eigenen Bürger ein.

Realpolitik im deutschen Interesse bedeutet, gute Beziehungen zu möglichst vielen Ländern zu pflegen, einschließlich China, den USA und irgendwann auch wieder zu Russland. Wir erkennen an, dass dies momentan schwierig ist, aber die Richtung muss klar sein: Realpolitik ist notwendig, um zu verhindern, dass wir zwischen den großen geopolitischen Polen zerrieben werden.

Was die EU betrifft, so ist die derzeitige Form der Union aus unserer Sicht nicht im deutschen Interesse. Sie ist undemokratisch und übergriffig und schadet Deutschland, besonders in Bezug auf Ausgleichszahlungen und Transferzahlungen. Wie Alice Weidel in einem Interview gesagt hat, die EU braucht Deutschland, aber Deutschland braucht nicht unbedingt die EU. Wir wollen jedoch nicht einfach austreten und Chaos verursachen. Das wollen

wir auf keinen Fall. Vielmehr wollen wir unsere nationalen Interessen selbstbewusst formulieren und mehr Souveränität an die Nationalstaaten zurückgeben. Wenn die EU und die Mitgliedsstaaten das nicht mittragen können, müssen wir auch über einen möglichen Austritt Deutschlands nachdenken. Wir glauben, dass es so nicht weitergehen kann.

Vielen Dank an dieser Stelle nochmal an alle Politiker*innen, die uns für unsere Fragen bereitstanden!

Gebt uns Feedback...

Vorschläge, Kritiken, Anmerkungen? Wir erstellen unsere Zeitung nach bestem Wissen und Gewissen, aber auch wir sind nicht allwissend. Daher fragen wir euch: Was habt ihr für Verbesserungsvorschläge? Was würdet ihr euch von der Schülerzeitung für die Zukunft wünschen, wen hättet ihr gern mal im Interview, welche Rubrik gefällt euch besonders gut und was mögt ihr eher nicht so? Wir möchten eure Meinung und euer Feedback hören, um uns als Schülerzeitung zu verbessern.

Schreibt uns an schuelerzeitung@archenhold.de oder auf unserem Instagram-Account [@sternengucker.archenhold](https://www.instagram.com/sternengucker.archenhold). Außerdem seid ihr natürlich stets eingeladen, eure Ideen selbst in die Tat umzusetzen, indem ihr bei uns aktiv werdet. Wir treffen uns aktuell immer mittwochs, nach der 7. Stunde in Raum 008. Schaut gerne mal bei uns vorbei. Wir freuen uns auf euch und eure Ideen.

Eure Redaktion des Sternenguckers

Impressum

Erscheinungsdatum:	Februar 2025
Druck:	esf-print
Gesamtauflage:	Digitale Sonderausgabe
Redaktion der Ausgabe:	Matthis Unger und Richard Gersdorf
Chefredaktion:	Charlie Richter, Richard Gersdorf, Matthis Unger
Layout:	Herr Eberhardt
Cover:	Sina Ressel
Unterstützt durch:	Frau Stilgenbauer und Herrn Eberhardt